

unser wahl- programm

Kommunalwahlprogramm des
Vereins Brücke – Ideen verbinden
Menschen e.V. zur Kommunalwahl
am 08. März 2026

Unsere Stadt ist großartig. Sie ist historisch gewachsen, gut erhalten und dadurch vor allem in der Altstadt besonders schön. Sie ist aber, insbesondere mit dem Entstehen der vierten Landesuniversität, der OTH und der Hochschule für katholische Kirchenmusik mit heute über 30.000 Studierenden und aufgrund einer wirtschaftlichen Dynamik, die ihresgleichen sucht, zu einer Stadt mit einer modernen und offenen Bürgerinnen und Bürger geworden. In Regensburg findet man gut Arbeit und das, gepaart mit der Schönheit und den Angeboten der Stadt, führt dazu, dass immer mehr Menschen zu uns wollen. Unsere Stadt ist aber auch deshalb so beeindruckend, weil hier ganz besondere Menschen leben. Menschen, die ihre Stadt lieben, die ihre Mitmenschen mögen und sich in herausragender Weise neben ihren individuellen Bedürfnissen für ein Miteinander und mehr Toleranz engagieren. Diese Stadt ist seit vielen Jahrzehnten ausschließlich von Vertreterinnen und Vertretern der etablierten Parteien im Amt des Oberbürgermeisters und im Stadtrat regiert worden. Das war für die Stadt keineswegs von Nachteil, aber die Gesellschaft entwickelt sich weiter. Die Menschen wollen mitreden, sie wollen, dass ihnen zugehört wird, sie wollen mitgestalten und sie wollen selbst Verantwortung übernehmen. Klassische Parteistrukturen und deren Arbeitsweisen und Beschränkungen bieten für viele Menschen nicht ausreichend Möglichkeiten, dies zu tun. Der Zerfall der sogenannten Volksparteien überall im Land macht deutlich, dass

Parteien sich reformieren und verändern müssen, wenn sie für die Menschen attraktiv bleiben wollen.

Gerade auf kommunaler Ebene haben sich klassische Parteistrukturen häufig überlebt. Nicht umsonst gibt es in den meisten Städten und Gemeinden heute eigene Wählerinitiativen von Menschen, die sich politisch für ihre Stadt und ihr Umfeld engagieren wollen, ohne dabei einer Partei angehören zu müssen.

Die „BRÜCKE“ ist eine solche Wählerinitiative. Der Verein hat sich im April des Jahres 2019 gegründet, zählt heute fast 400 Mitglieder und ist aus dem politischen Leben der Stadt nicht mehr wegzudenken. Gemeinsame Haltungen und ein auf dieser Grundlage erarbeitetes Positionspapier, aber auch die von Joachim Wolbergs als Bürgermeister und Oberbürgermeister begonnene Arbeit fortführen zu wollen, haben damals zur Gründung des Vereins geführt. In seinen Ämtern hat Joachim Wolbergs viel für Regensburg erreicht, vor allem aber das Klima in dieser Stadt offener und toleranter gemacht.

Bei der letzten Kommunalwahl wurde die Brücke aus dem Stand heraus die drittstärkste Kraft im Regensburger Stadtrat und unsere Stadträtin und die fünf Stadträte haben in eindrucksvoller Weise in den letzten sechs Jahren täglich bewiesen, wie sehr sie für diese Stadt brennen.

Thomas Thurow wurde für die kommende Legislaturperiode zum OB-Kandidaten nominiert und der Verein hat eine Stadtratsliste mit 50 Persönlichkeiten aufgestellt, die es in dieser Vielfalt und Unterschiedlichkeit in Regensburg wohl noch nicht gegeben hat. Auf dieser Grundlage bewerben wir uns bei der nächsten Kommunalwahl am 08. März 2026 mit Thomas Thurow um das Amt des Oberbürgermeisters und mit unserer Stadtratsliste darum, mit möglichst vielen Sitzen im nächsten Regensburger Stadtrat vertreten zu sein.

Dabei ist es unser Anspruch, die stärkste Fraktion zu werden und diese Stadt zu regieren. Auch in der politischen Auseinandersetzung wollen wir Brücken bauen. Diese Stadt ist derzeit in großen Teilen geprägt von einem Gegeneinander und nicht von einem Miteinander. Die letzten sechs Jahre waren verlorene Jahre für unsere Stadt: Erst eine Koalition der Wahlverlierer von 2020, die sich gegenseitig blockiert und nur gestritten haben, gefolgt von einer Phase, in der fehlende Mehrheiten eine Weiterentwicklung verhindert haben. Die Stadt wurde sechs Jahre lang nur mehr schlecht als recht verwaltet und in keinem Bereich mehr gestaltet. Das wollen wir ändern.

unser wahlprogramm

Wir wollen Politik transparent machen und Teilhabe ermöglichen. Wir wollen uns ausschließlich an der Sache orientieren und Politik ohne ideologische Scheuklappen betreiben. Wir sind parteipolitisch und konfessionell unabhängig. Wir wollen eine Stadtgesellschaft, die von positiven Haltungen geprägt ist und diese auch lebt. Wir wollen viel zuhören, immer dazulernen, aber auch unsere gemeinsamen Überzeugungen klar vertreten und Entscheidungen fällen.

unsere ideen

Nach der Arbeit in den letzten sechs Jahren legen wir jetzt unser neues Wahlprogramm vor. Die Erarbeitung dieses Programms war davon geprägt, dass wir das Know-how und die Erfahrung der letzten sechs Jahre, die Ideen und die Leidenschaft unserer Mitglieder einbringen, aber vor allem auch zuhören wollten. In vielen öffentlichen Veranstaltungen auch und gerade mit externen Expertinnen und Experten genauso wie im direkten Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern an Infoständen oder bei Hausbesuchen haben wir dieses Programm entwickelt. Ein Prozess, den es in dieser Form in Regensburg bisher noch nicht gegeben hat.

Natürlich ist unser Kommunalwahlprogramm nicht statisch, sondern zunächst die Wiedergabe von Ideen für diese Stadt, die sich im Gespräch, in Diskussionen, im politischen Diskurs, in Verhandlungen mit anderen Gruppierungen und Parteien etc. verändern und weiterentwickeln können, so, wie das im politischen Geschehen eigentlich sinnvoll ist. Nichts ist in Stein gemeißelt, vieles lässt sich nicht schon morgen realisieren, sondern erst im Laufe von mehreren Jahren, manches scheint zunächst visionär und manches wird sich vielleicht auch gar nicht verwirklichen lassen. Das ist aus unserer Sicht der ehrlichste Umgang mit Ideen. Dabei wollen wir auch zu anderen Denkweisen Brücken schlagen und dabei immer kompromiss- und lernfähig bleiben.

Dieses Programm gliedert sich innerhalb der einzelnen Themengebiete immer in eine kurze allgemeine Darstellung, gefolgt von unseren Ideen, Vorstellungen und Forderungen in Bezug auf die zukünftige Arbeit im Regensburger Stadtrat.

1. STADTENTWICKLUNG

Der Begriff Stadtentwicklung steht für fast alles, was in einer Stadt passiert; deshalb sind viele Bereiche, die man klassischerweise mit dem Begriff Stadtentwicklung verbindet, in den einzelnen Themenkapiteln dargestellt.

Für uns bedeutet Stadtentwicklung: Gutes Leben für alle Menschen; Arbeit, von der man leben kann, gleiche Bildungschancen, kulturelle Angebote, die Weiterentwicklung einer offenen, toleranten und inklusiven Stadt, die Bewahrung unserer Umwelt und ein eigener Beitrag zum Klimaschutz, genauso wie permanente Teilhabe und Mitgestaltungsmöglichkeiten. Ebenso die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter, die Förderung von Vielfalt und den Abbau von Diskriminierungen sowie die Entwicklung Regensburgs zu einer LGBTQ+-freundlichen Stadt.

Probleme im Bereich der Stadtentwicklung waren in den letzten Jahren das sehr schnelle Wachstum der Stadt durch enormen Zuzug, die Hochkonjunkturphase, die die Vergaben teuer gemacht hat, und zum Teil auch der Mangel an Fachpersonal. Aber auch eine fehlende bzw. mangelhaft umgesetzte Personalentwicklung bei der Stadt Regensburg, die dazu geführt hat, dass Investitionen schlicht nicht abgearbeitet werden konnten, fällt hier ins Gewicht.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben die Stadtentwicklung beeinflusst; viele davon sehr positiv, manche aber auch negativ. Der wachsende Wohlstand in unserer Stadt hat auch dazu geführt, dass es zunehmend Menschen gegeben hat, denen Kritik wichtiger war als konstruktive Mitarbeit. Und wir wissen oft gar nicht mehr zu schätzen, was bei uns alles möglich ist und glauben, jedes noch so kleine Problem sei von enormer Bedeutung und die Stadt solle sich doch darum kümmern.

Aber auch der Status „Weltkulturerbe“ und Anforderungen an den Denkmalschutz beeinflussen Stadtentwicklung nicht immer nur positiv; im Bereich von Fragen der Energieeffizienz, des Klimaschutzes sowie der Mobilität auch negativ. Wir wissen den Welterbetitel und die Auswirkungen auf das Image von Regensburg sowie die Wertschätzung gegenüber Denkmälern zu schätzen, würden aber auf den Welterbetitel verzichten, wenn er nachhaltigen Verkehrskonzepten, dem Klimaschutz, der Barrierefreiheit und der Fortentwicklung einer modernen historischen Stadt insgesamt im Wege stünde.

Natürlich sind die besonderen Herausforderungen der zukünftigen Stadtentwicklung in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Verkehr zu suchen, aber ohne stadtentwicklungspolitische Vorstellungen in all den anderen Bereichen, die eine Stadt und eine Stadtgesellschaft prägen, würde gutes Leben nicht funktionieren. Stadtentwicklung insgesamt muss in den nächsten Jahren verstärkt in den Stadtteilen geschehen. Unser Fokus ist in den meisten Bereichen sehr auf die Altstadt fixiert, was vor dem Hintergrund unseres historischen Erbes klar ist und auch weiterhin Bedeutung haben muss. Dennoch muss die Entwicklung von Stadtteilen, insbesondere mit dort verorteten Begegnungsmöglichkeiten und kulturellen Angeboten, aber auch der klassischen Nahversorgung stärker in den Mittelpunkt rücken. Dies hat auch und gerade etwas mit Identitäten und deren Ausprägung in einer immer schneller werdenden Welt zu tun, die Rückzugsmöglichkeiten im eigenen Quartier notwendig machen. In diesem Zusammenhang muss auch über die Einrichtung von sog. Bezirksausschüssen in den Stadtteilen nachgedacht werden.

Wir sind uns jedoch bewusst, dass all dies den personellen, organisatorischen und finanziellen Aufwand für die Verwaltung erhöhen wird. Daher sind alle neuen Maßnahmen auch vor diesem Hintergrund immer wieder genau auf ihre Folgen zu prüfen.

2. DIGITALISIERUNG

Digitalisierung wird zukünftig immer mehr unser ganzes Leben bestimmen und das Zusammenleben von Menschen verändern; auch das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber einer städtischen Verwaltung. Dabei wird sich das persönliche Empfinden der Menschen in bislang unbekannter Art und Weise verändern. Auch die Stadt Regensburg ist gefordert, Orientierung und Antworten zu geben sowie die Menschen bei diesem Thema mitzunehmen.

Dabei braucht es Mut und Vertrauen aller, neue Wege zu gehen und alte Gewohnheiten zu überwinden.

Digitalisierung ist aber nicht nur die Online-Erreichbarkeit von Verwaltungen. Es geht auch um die Qualität unserer Abwägungs- und Entscheidungsprozesse, um die Anforderungen digitaler Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern, um digitale Resilienz bis hin zur Frage der E-Partizipation. Wir müssen die Smart-City-Möglichkeiten dort nutzen, wo sie Effizienzvorteile bieten und das Angebot der Daseinsvorsorge verbessern. Dabei ist nicht alles, was technisch machbar ist, auch sinnvoll.

Digitalisierung ist dort wichtig, wo sie uns hilft, Ziele zu erreichen. Klar ist aber auch: Ein Rathaus und ein städtisches Amt müssen ein offener Ort für persönlichen Kontakt und persönliche Beratung bleiben.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- die Weiterentwicklung der E-Government-Strategie und deren zügige Umsetzung.
- die Schaffung der Stelle eines/einer Digitalisierungsbeauftragten als Stabsstelle mit Querschnittskompetenz - angesiedelt beim Oberbürgermeister.
- einen Runden Tisch „Digitalisierung und Smart City“ mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft als Beratungsorgan für Oberbürgermeister und Verwaltung.
- geeignete Maßnahmen entwickeln, die dazu beitragen, die Chancen der Digitalisierung besser zu nutzen.
- digitale Teilhabe allen Schichten und Generationen ermöglichen und so Ängste abbauen.
- in diesem Zusammenhang ein „Haus der Digitalisierung, der Künstlichen Intelligenz und der Robotik“ mit besonderen Angeboten für alle Altersstufen und Gruppen.
- bei allen Maßnahmen den Datenschutz in besonderer Weise berücksichtigen.

3. ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Unserer Stadt geht es gut, die meisten Menschen haben Arbeit, landläufig wird von fast Vollbeschäftigung gesprochen. Das muss aber nicht immer so bleiben und wir müssen aufhören, immer dann skeptisch zu werden, wenn es um neue Möglichkeiten und um neue Entwicklungen hin zu Wachstum und Arbeitsplätzen geht. Wir haben aber dennoch keine Vollbeschäftigung, es gibt noch arbeitslose Menschen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Arbeit wird sich vor dem Hintergrund der Globalisierung und Digitalisierung dramatisch verändern und wir müssen diese Stadt darauf vorbereiten. Dass Menschen Arbeit haben, bedeutet nicht nur Geld zu verdienen, sondern vor allem auch dazugehören.

Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass Arbeitsplätze erhalten werden, neue entstehen, Menschen ohne Arbeit in Arbeit kommen und die richtigen Rahmenbedingungen für Wissenschaft, Wirtschaft und Unternehmen geschaffen werden. Das gute Leben in dieser Stadt haben wir in ganz besonderer Weise den Unternehmerinnen und Unternehmern zu verdanken, die Arbeit und Wachstum generieren und beispielsweise mit ihrer Gewerbesteuer Gestaltungsspielräume der Stadt erst ermöglichen; aber auch den Beschäftigten, ganz gleich wo, die in vielen Bereichen die eigentlichen Leistungsträger von gutem Zusammenleben sind. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind schwieriger geworden. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, Inflation und steigende Preise, die allgemeine wirtschaftliche Schwäche in Deutschland gehen auch an Regensburg nicht spurlos vorüber.

□

Joachim Wolbergs hat mit seiner Politik als Oberbürgermeister damals viele dieser Themen in besonderer Weise forciert. Er hat Technologieentwicklungen mit der TechBase Regensburg und Ansiedlungen auf dem Gelände der ehemaligen Nibelungenkaserne vorangetrieben. Er hat das von ihm initiierte sogenannte „Haus der kleinen Forscher“ zusammen mit einem Energiebildungszentrum auf den Weg gebracht. Durch ihn wurde der Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft in Regensburg aufgestellt und mit dem „Degginger“ hierfür auch eine erste Anlaufstelle geschaffen. Er hat das Thema Gesundheitswirtschaft auf seine Agenda gesetzt und mit einer Potenzialanalyse untermauert. Mit seinen Aktivitäten beim Jobcenter hat er dafür gesorgt, dass Menschen wieder in Arbeit kommen. Genauso wie er sich um neue und bessere Bezahlung bei den Menschen in der Stadtverwaltung gekümmert hat, deren Einkommen zu den niedrigsten gehörten: Bei den Reinigungskräften, den Straßenkehrerinnen und Straßenkehrern, der Müllabfuhr, durch die Rückkehr in den Tarifvertrag beim Bürgerheim Kumpfmühl, bei vielen Busfahrerinnen und Busfahrern, aber auch bei den Schauspielerinnen und Schauspielern am Regensburger Theater. Er hat damals damit begonnen, den Menschen wieder Sicherheit an ihrem Arbeitsplatz zu geben und hat einen Großteil von sachgrundlosen Befristungen bei der Stadt Regensburg abgeschafft.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- weiterhin eine starke, eigenständige Wirtschaftsförderungspolitik der Stadt Regensburg als Querschnittsaufgabe.
- auch weiterhin eine Offenheit für Technologien und die Bereitschaft zu mutigen Entscheidungen.
- eine Grundstücksbevorratungspolitik, die dafür sorgt, dass es überall in der Stadt neben Flächen für den Wohnungsbau auch ausreichend Flächen für Gewerbe, Dienstleistungen und Industrie gibt.
- vor diesem Hintergrund den weiteren Ausbau von Angeboten im Bereich der Biotechnologie, der Sensorik, der Digitalisierung, der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz sowie im Bereich der Gesundheitswirtschaft.
- eine zweite TechBase Regensburg in Form einer Überbauung der Parkflächen westlich des Jahnstadions.
- den weiteren Ausbau der Kultur- und Kreativwirtschaft in Regensburg, die sich zu einer Jobmaschine entwickelt hat. Als zentrale Orte sollen hierbei das alte Stadtlagerhaus und die umliegenden Gebiete am Auweg fungieren. Die bestehenden Planungen wollen wir forcieren und umsetzen.
- das regionale Handwerk stärken, durch digitale regionale Plattformen und verstärkte Wertschätzung, z.B. auch durch die Ansiedlung von sog. Handwerkerhöfen.
- den regionalen Einzelhandel stärken, insbesondere den stationären und inhabergeführten. In diesem Zusammenhang gilt unser besonderes Augenmerk der positiven Entwicklung des Einzelhandels in der Innenstadt.
- mit Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Interessensvertretungen der Beschäftigten kommunale Digitalisierungsmöglichkeiten erschließen und das Thema Digitalisierung, Robotik und Künstliche Intelligenz für die Menschen begreif- und erfahrbar machen. In diesem Zusammenhang wollen wir in gemeinsamer Trägerschaft mit anderen an geeignetem Platz ein „Haus der Digitalisierung“ errichten, um diesbezügliche Inhalte zu vermitteln und um Ängste zu nehmen.
- ein Expertengremium aus Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt einrichten, um das OB-Amt und die Stadt dabei zu begleiten.
- als Partner der Arbeitsagentur im Jobcenter Regensburg alles dafür tun, um noch gezielter den Versuch zu unternehmen, vor allem Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen.
- die Schaffung eines „Conventionbüros 2.0“ zur Förderung, Unterstützung und Koordinierung von Geschäftsveranstaltungen, Tagungen, Messen und Kongressen in Verbindung mit kulturellen Angeboten.
- Eine mit den Kammern zu entwickelnde Form der Willkommenskultur, die die Gewinnung von Fachkräften unterstützt und stärkt.

4. VERWALTUNG

Unsere Verwaltung ist stark und leistungsfähig. Wir haben in der Stadtverwaltung sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich darum kümmern, das Leben und das Zusammenleben in dieser Stadt zu organisieren. Die Verwaltung ist aber kein Unternehmen, wie viele meinen, sondern im Kern dafür zuständig, durch hoheitliche und freiwillige Aufgaben gutes Leben in dieser Stadt zu ermöglichen und zu organisieren. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass eine Stadtverwaltung nicht immer mit einer Sprache sprechen kann, weil es zwischen den Dienststellen oft unterschiedliche Auffassungen geben muss.

Insbesondere vor diesem Hintergrund spielt ein durch Wahl legitimierte politische Führungskraft der Verwaltung eine besondere Rolle, weil sie diejenige ist, die im Rahmen von Abwägungsspielräumen diese Verwaltung führen muss. Dabei geht es nicht nur um die Kontrolle rechtmäßigen und effizienten Handelns, sondern auch um die Vorbereitung und Durchführung kommunalpolitischer Ziele und Maßnahmen.

□

Joachim Wolbergs hat damals diese Verwaltung in besonderer Weise geführt. Er hat das Tarifsystem ausgestaltet, um Spielräume hin zu besserer Bezahlung zu nutzen, insbesondere für diejenigen, die zu den niedrigen Eingruppierungstarifen gehörten. Er hat viele sachgrundlose Befristungen beendet und damit begonnen, erstmalig eine Personalentwicklung bei der Stadt auf den Weg zu bringen, die vor dem Hintergrund einer gewachsenen Stadt auch zu deutlichen Personalmehrungen, insbesondere im sozialen Bereich, geführt hat. Eine wachsende Stadt und eine Stadt, deren finanzieller Spielraum dazu führt, wirklich gestalten zu können, braucht dafür ausreichend Personal. Joachim Wolbergs hat stets versucht, die Stadt kollegial zu führen und

viele mitzunehmen. Aber er hat vor allem am Ende des Tages auch Entscheidungen getroffen und diese Stadt nicht nur verwaltet.

Klar ist aber auch, dass unser Verwaltungshaushalt finanziell keine Spielräume mehr lässt, und deshalb ist beim Personalaufbau mit besonderer Vorsicht vorzugehen. Sparen beim Personal lässt sich aber nur, wenn man eigene Aufgaben und Angebote reduziert. Das hat in manchen Bereichen aber auch mit Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger zu tun. Hierüber wollen wir einen Dialog anstoßen und dann zügig Entscheidungen treffen.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- eine Fortführung der begonnenen Personalentwicklung und deren Fortschreibung.
- mehr Frauen in Führungspositionen und Quotenregelungen bei Aufsichts- und Verwaltungsräten der städtischen Tochterunternehmen.
- Neueinstellungen in all den Bereichen, die dem Wachstum der Stadt geschuldet sind und neue Chancen für die Menschen ermöglichen.
- keine sachgrundlosen Befristungen mehr.
- die Ausschöpfung der Möglichkeiten des Tarifsystems hin zu besserer Bezahlung, wo der Tarifvertrag dies ermöglicht.
- eine Wertschätzungskampagne in Bezug auf die Arbeit der gesamten Verwaltung, und vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber, die die ganz besonderen Leistungsträger dieser Stadt sind.
- Belegungsrechte für städtische Beschäftigte bei der Stadtbau sichern und deren Vergabe an die unteren Lohngruppen nach sozialen Kriterien.
- die intensive Begleitung der Tochtergesellschaften und Führung derselben hin zu sicherer und zukunftsorientierter Arbeit
- neue und ausgebauten Angebote im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements.
- die Förderung von Gemeinschaftsaktivitäten, die der Zugehörigkeit zur Verwaltung, aber auch der Entwicklung von neuen, eigenen Ideen dienen und ordentliche Bezahlung.
- weiterhin unserer Verantwortung als Ausbilder von jungen Menschen gerecht werden, auch und gerade, um den eigenen Nachwuchs zu rekrutieren.
- einen dramatisch verstärkten Ausbau von Angeboten im Bereich E-Government.
- eine Gesamtphilosophie der Verwaltung, sich als „Ermöglicher“ und „Gestalter“ und nicht als „Verhinderer“ zu sehen.
- eine Aufgabenkritik innerhalb der Verwaltung, die diesen Namen verdient und im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern u.U. auch zu Einschränkungen nicht notwendiger Dienstleistungen führt - ohne externe Berater.
- eine Verwaltungsführung, die entscheidet und mit verstärkter Projektarbeit innerhalb der Verwaltung Entscheidungswege stark verkürzt und schneller macht.
- mehr mobile Arbeitsplätze, die von mehreren genutzt werden, um Büroraumkapazitäten effektiver zu nutzen und weniger Büroräume neu schaffen zu müssen.
- eine innerbetriebliche Kommunikation aufbauen, die schneller und effektivere Zusammenarbeit ermöglicht und sicherstellt.

5. FINANZEN

Die Stadt Regensburg hat im letzten Jahrzehnt von enormen, im Städtevergleich außerordentlichen Gewerbesteuererträgen und Einnahmen aus dem kommunalen Anteil der Einkommensteuer profitiert. Die hohen Gewerbesteuererträge haben verständlicherweise zusätzliche Begehrlichkeiten in einer Stadt geweckt, die sich ohnehin schon sehr viel leisten konnte.

Innerhalb der Stadtverwaltung wurden, dem politischen Willen entsprechend, Investitionsprogramme entwickelt und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Dabei war von vornherein klar, dass die Umsetzung dieser Programme nicht am Geld, sondern schlicht an den Personalkapazitäten in der eigenen Verwaltung scheitern und auch extern insbesondere bei Baufirmen nicht funktionieren würde.

Zwar ist es vor diesem Hintergrund gelungen, finanziell eine ordentliche Rücklage aufzubauen, die den Gestaltungsspielraum der Stadt auch in den kommenden Jahren, bei sich abzeichnender Konjunkturlaute

und damit weniger Gewerbesteuereinnahmen, sicherstellen konnte. Dennoch ist Vorsicht geboten, weil die Exportorientierung auch vieler Regensburger Unternehmen vor dem Hintergrund weltwirtschaftlicher Gegebenheiten (z.B. Handelskonflikten) derzeit nicht in allen Einzelheiten absehbar ist.

Wir mussten in den vergangenen Jahren aufgrund der nun schon sehr lang anhaltenden wirtschaftlichen Schwächeperiode schon in erheblichem Maße unsere Rücklagen angreifen. Zudem ist der Verwaltungshaushalt durch die Aufgabenübertragungen von Bund und Freistaat an die Kommunen, ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich, sehr belastet.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- eine vorausschauende Finanzpolitik, die einen aufwachsenden Verwaltungshaushalt im Blick behält, um eine freie Spitze für Investitionen wieder erwirtschaften zu können.
- ein Investitionsprogramm, das das Prinzip der Haushaltsehrlichkeit und Haushaltsklarheit berücksichtigt und keine Finanzmittel in Haushaltsresten bindet.
- aber auch eine ehrliche Finanzpolitik, die klar macht, dass die Bäume nicht in allen Bereichen in den Himmel wachsen können und wir uns auf die zentralen Investitionsvorhaben wie Wohnen, Verkehr, Infrastruktur, Klima und Bildung konzentrieren müssen, um die Stadt fit für die Zukunft zu machen.
- die freiwilligen Leistungen in den Bereichen Soziales, Sport und Kultur nicht kürzen, sondern verstetigen, in Teilen erhöhen und im Zweifelsfall freie Träger mit längerfristigen Verträgen in ihrer Planung absichern. Dies deshalb, weil wir uns dessen bewusst sind, dass Leistungen, die wir mit freiwilligen Zuwendungen unterstützen, in vielen Fällen sonst dauerhaft zu kostenfressenden Pflichtaufgaben der Stadt selbst werden würden.
- Einnahmen der Stadt verbessern, ggf. auch durch den Verkauf von Grundstücken da, wo dies dann mit der Hilfe Privater dazu führt, dass Stadtentwicklung schneller und ohne städtische Beteiligung gelingt.
- gegenüber Bund und Ländern dafür kämpfen, dass Kommunen andere finanzielle Spielräume erhalten, dann, wenn sie damit in die Zukunft investieren.

6. VERKEHR UND MOBILITÄT

Alle Fragen rund um das Thema Verkehr und Mobilität sind heute schon von entscheidender Bedeutung und werden das zukünftig noch mehr sein. Eine wachsende Stadt mit ihren Mobilitätsansprüchen, eine Stadt mit über 80.000 Einpendlern, eine boomende Wirtschaftsregion und vieles mehr stellen Regensburg im Bereich der Mobilität vor zentrale Herausforderungen.

Dabei muss klar sein, dass es ein Mehr an Individualverkehr in motorisierter Form nicht geben sollte. Ein Mehr an Elektromobilität in diesem Bereich hingegen ist zu befürworten, wobei es hier aber um die Frage von Emissionsreduzierungen geht.

Verkehr und notwendige Mobilität lassen sich in wachsenden Ballungsräumen ausschließlich durch stärkere Nutzung von Angeboten des öffentlichen Personennahverkehrs und des Radverkehrs sowie Stärkung des Fußgängerverkehrs sicherstellen. Es gibt in Regensburg noch keinen Verkehrskollaps, aber wir stehen kurz davor. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, die Mobilität von morgen in richtige Bahnen zu lenken. Das Großprojekt Stadtbahn wurde von der Koalition der Wahlverlierer an die Wand gefahren. Jetzt braucht es neue Anstrengungen.

□

In der Amtszeit von Joachim Wolbergs wurde damals viel für den Radverkehr getan. Es gab in dieser Zeit deutlich mehr Investitionen in Radwege und Radinfrastruktur, es wurden die Grundlagen für ein Fahrradverleihsystem gelegt, dessen Umsetzung viel zu lang gedauert hat. Mit dem Radweg von Regensburg nach Grünthal wurde auch das Umland erschlossen und nicht zuletzt die Regensburger Altstadt und der Alleengürtel wurden für den Radverkehr geöffnet. Auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs lassen sich zahlreiche Erfolge vorweisen.

Mit der Neuausrichtung des Eigenbetriebs „Stadtwerk“ - und dort mit personellen Veränderungen - haben das Thema Elektromobilität und öffentlicher Personennahverkehr eine ganz neue Bedeutung erfahren. Mit dem „Emil“ fährt seitdem ausschließlich ein kleiner Elektrobus durch die Regensburger Altstadt. Der weitere Ausbau von Busstrecken mit Elektrobussen ist in Planung. Der Nacht-Bus wurde eingeführt.

Dennoch muss noch unendlich viel getan werden. Dabei wollen wir nicht Verkehrsträger gegeneinander

ausspielen, sondern miteinander so vernetzen, damit Mobilität erhalten und ausgebaut wird. Dazu sind ausschließlich Maßnahmen geeignet, die in ein Gesamtkonzept eingebettet sind. Einzelmaßnahmen, die eher symbolischen Charakter haben sollen, wie die Verkehrsfreimachung des Domplatzes, hören sich gut an, führen aber nicht weiter.

□

Selbst aus der „Opposition“ heraus konnte unsere Fraktion Dinge erreichen. So sind beispielsweise die verkehrsfreie Obermünsterstraße und die Neufestlegung von E-Scooter-Abstellplätzen auf unsere Initiative zurückzuführen.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- das Konzept zur Verkehrsberuhigung der Altstadt (verkehrlicher Maßnahmenplan) weiterentwickeln und bis zum Jahr 2030 umsetzen. Dabei wollen wir auch einmal Sachen testen, aber sie auch wieder verändern, wenn sie sich als nicht sinnvoll darstellen.
- Tempo 30 überall in der Stadt, wo es verkehrsrechtlich zulässig ist.
- innerstädtische Straßenbauprojekte nur noch dann planen und ausführen, wenn deren zu erwartende Vollendung einen Planungs- und Realisierungszeitraum von 10 Jahren nicht überschreiten und von einem Angebot des ÖPNV nicht alternativ ersetzt werden können.
- die Schaffung weiterer dezentraler Mobilitätsdrehscheiben zur Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger, vor allem an Bahnhaltepunkten.
- die Mobilitätsdrehscheibe am Unteren Wöhrd zügig umsetzen und bei der Tarifstruktur darauf achten, dass das Parken besonders für Beschäftigte in der Altstadt bezahlbar bleibt.
- kein Parkhaus auf dem Jacobigelände, um keinen Durchgangsverkehr in die Wöhrdstraße zu ziehen. Dort sollen ebenerdig Anwohner-Parkplätze entstehen und darüber aufgeständert Wohnungen oder eine zentrale Infrastruktureinrichtung.
- die großen Parkflächen Unterer Wöhrd, Donau-Arena, Jahnstadion und ggf. Teile des Dultplatzes zu bewirtschafteten Dauer-Parkflächen für den Park & Ride-Betrieb machen und von dort kostenlos mit Elektrobussen an die Regensburger Altstadt anbinden.
- ein funktionierendes und zielgerichtetes Parkleitsystem für Einpendler schon an den Rändern der Stadt.
- den weiteren Ausbau der Busflotte mit Elektrobussen.
- eine Fortentwicklung des gesamten Liniennetzes, auch vor dem Hintergrund von gegebenenfalls einzuführenden Ring- bzw. Tangentiallinien.
- die weitere Anlage von Busspuren, um den ÖPNV schneller zu machen.
- ein verändertes Tarifsystem, in dem wir die Nutzung des ÖPNV durch Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Azubis, Stadtpassinhaberinnen und -inhaber, etc. kostenfrei machen; zusätzlich in einem Testbetrieb für drei Jahre ein 365-Euro-Jahresticket einführen und den Altstadtbus und die Zubringerbusse von den großen P&R-Anlagen kostenlos fahren lassen. Auch die Ergebnisse von Testversuchen aus anderen Städten mit der grundsätzlichen Einführung eines kostenlosen ÖPNV müssen weiter beobachtet werden und müssen ggf. zu Konsequenzen führen.
- deutliche Taktverdichtungen auch in die Stadtrandgebiete (z.B. Harting, etc.); überregionale Angebote neu schaffen und die Erschließung des Landkreises mit der Stadt durch den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen.
- einen weiteren Ausbau des Nachtbusangebotes.
- die Prüfung und Fortführung von alten Planungen bezüglich des Einsatzes von Seilbahnlinien, insbesondere um Einpendler schon vor den Toren der Stadt aufnehmen zu können. Dabei sind insbesondere schon bebaute Straßenflächen als Trassen zu beplanen.
- deutlich mehr für den Radverkehr tun, in dem wir in diesem Bereich die Investitionen steigern, Rad-schnellwege planen und realisieren und zügig mit der Umsetzung der im Radentscheid geforderten Maßnahmen beginnen.
- mehr Radabstellplätze und Radgaragen in zentralen Lagen. Sichere und attraktive Parkieranlagen für Räder incl. Ladepunkten für eBikes besonders an Mobilitätsdrehscheiben.
- das Rad-Verleihsystem umgehend, nach dem großen Erfolg bei den Lastenrädern, möglichst in Kooperation mit örtlichen Unternehmen und Entwicklern weiterentwickeln.
- neue Überquerungen der Donau und des Regens für Fahrräder sowie Fußgängerinnen und

Fußgänger (z.B. Holzgartensteg) unter Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger auf den Weg bringen.

- die weitere Förderung von Lastenrädern und die Neukonzeption von Logistikangeboten durch den Einsatz von Elektrofahrzeugen bzw. -fahrrädern.
- das Stadtwerk in die Lage versetzen, E-Car-Sharing-Angebote schnell und deutlich auszubauen.
- endlich wieder mit Kontrollen des Radverkehrs in der Altstadt beginnen und eine neue Kampagne zur Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer untereinander starten.
- kontinuierlich Alt- und Schrotträder beseitigen lassen.
- digitale Lösungen und Plattformen für die Bereiche Verkehrsleitplanung, Parken und Fahrzeug-Sharing-Modelle.
- die Schaffung weiterer Quartiersgaragen.
- klare Regeln bei E-Scootern in Form von ausgewiesenen Abstellflächen überall in der Stadt.
- einen „Fußgängerplan“, um Schwachstellen bei Bürgersteigen und Straßenüberquerungen, Sicherheitslücken und die Anlage von neuen Wegen und Wegebeziehungen für Fußgänger zu erkennen und Maßnahmen zur Verbesserung umzusetzen.
- die Sallerner Regenbrücke, weil es mit ihr gelingt, den gesamten Stadtnorden vom Durchgangsverkehr zu befreien, einen sehr wirksamen Lärmschutz für die Nordgau- und die Amberger Straße zu schaffen und somit zwei Stadtteile wieder miteinander zu verbinden und die Lebensqualität dort deutlich erhöhen. Und weil wir vertragstreu gegenüber unseren Partnern sind.

7. ALTSTADT

Unsere Altstadt ist wunderschön und der Identifikationsfaktor für die Bürgerinnen und Bürger aus der Stadt, aus der Region, aber auch für hunderttausende von Menschen, die unsere wunderschöne Stadt besuchen. Deshalb muss der Charme der Altstadt erhalten bleiben, was aber nur gelingt, wenn sie als moderner Lebens-, Arbeits-, Freizeit- und Einzelhandelsstandort lebt. Nur diese Mischung wird dazu führen, unsere Altstadt auf Dauer so lebens- und liebenswert zu erhalten. Insbesondere vor dem Hintergrund von Entwicklungen im Einzelhandel, vor allem dem Onlinehandel, ist der Standort Altstadt sehr sensibel und mit Weitsicht zu behandeln und jede Veränderung muss im größtmöglichen Konsens mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern erfolgen.

□

Unter Joachim Wolbergs als Oberbürgermeister war die Altstadt Chefsache. Regelmäßige Besuche von Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern, die Einführung des „Runden Tisches Altstadt“, aber auch Gespräche mit Eigentümerinnen und Eigentümern, Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Mieterinnen und Mietern haben dazu geführt, sinnvolle Entscheidungen zu fällen. Die Altstadt wurde auch weiter verkehrsberuhigt und mit dem Ende des Ausbaus der Wahlenstraße ist deutlich geworden, wie man eine historische Altstadt weiterentwickeln kann. Auch der Beginn der Maßnahmen zum Umbau und zur Neugestaltung der Fußgängerzone geht zurück auf die Amtszeit von Joachim Wolbergs. Er hat dafür gesorgt, dass es mit der „Faszination Altstadt“ einen zentralen Ansprechpartner der Stadt für den Bereich des Einzelhandels gibt. Klare Aufgabenstellungen haben zur Attraktivitätssteigerung geführt, beispielsweise durch Straßenfeste oder mit der Einführung des Altstadtzehnerns.

In der laufenden Stadtratsperiode konnte durch unsere Initiative erreicht werden, dass bei den Automatenläden, die wir am liebsten komplett abschaffen würden, der Freistaat Bayern den Kommunen eine Kürzung der Öffnungszeiten zugesteht, von der die Stadt nun auch Gebrauch macht.

Aber es muss noch deutlich mehr geschehen.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- die Wiederbelebung des „Runden Tisches Altstadt“ und den permanenten Dialog des Oberbürgermeisters mit allen Akteuren eines funktionierenden Innenstadtlebens.
- die Erreichbarkeit der Altstadt auch weiterhin erhalten, durch den Ausbau von Zubringerangeboten im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, aber auch durch den Einsatz von beispielsweise Elektrotaxis, die den Dultplatz und den Parkplatz am Unteren Wöhrd an die Innenstadt anbinden.
- eine Weiterentwicklung des gesamten Lieferverkehrs in die Altstadt, auch unter Zuhilfenahme neuer Logistiklösungen im Bereich der Elektromobilität.

- sofortige „Poller“-Lösungen, z.B. in der Gesandtenstraße (Höhe Zacharias), an der Zufahrt zum Kohlenmarkt und an der Abfahrtsrampe zur Schiffsanlegestelle vor dem Museum der Bayerischen Geschichte, um den Durchgangs- bzw. Zubringerverkehr zeitlich klar einzuschränken.
- in Kooperation mit der Kultur- und Kreativwirtschaft auftretende Leerstände sofort und auch über einen längeren Zeitraum bespielen. Dafür werden wir ein Förderprogramm entwickeln, um insbesondere Start-Ups und neue Ideengeber im Bereich des Einzelhandels mit Mietförderungen an den Standort Altstadt zu binden.
- in zügigen und klaren Verhandlungen mit den Eigentümern des früheren Kaufhofgebäudes und des Platzes dafür sorgen, dass es schnell zu einer Wiederbelebung des Gebäudes kommt und dabei Frequenzbringer für die Altstadt besonders im Fokus stehen müssen.
- auch in Zukunft Behörden in die Regensburger Altstadt zurückverlagern. So soll im ehemaligen Evangelischen Krankenhaus ein drittes Rathaus für die Stadtverwaltung entstehen, zusammen mit Einzelhandels- und Gastronomieangeboten im Erdgeschoss und gegebenenfalls Angeboten für Vereine und Verbände. Eine Realisierung eines dritten Rathauses an dem Standort Greflingerstraße (Verwaltungsbestandsgebäude der REWAG) lehnen wir ab, weil dort Wohnungen entstehen müssen.
- die Freimachung der Regensburger Altstadt vom motorisierten Individualverkehr bis spätestens 2035 durch Maßnahmen erreichen, die mit den Akteuren im Rahmen eines Gesamtkonzeptes besprochen und entschieden werden. Hierzu sind insbesondere die Maßnahmen im Kapitel Verkehr und Mobilität zu nennen.
- die Maximilianstraße sofort mit Projekten aus dem Bereich Kunst im öffentlichen Raum aufwerten und dauerhaft ein Konzept zur deren Neugestaltung auf den Weg bringen.
- mit dem Peterskirchlein ein soziokulturelles Zentrum schaffen.
- dass der Ernst-Reuter-Platz, der vorübergehend als Busdrehscheibe dienen soll, auf Dauer ein attraktiver öffentlicher Raum bleibt, also dort eine öffentliche Infrastruktureinrichtung entsteht, die für alle zugänglich ist. Hierzu wollen wir in einem Bürgerdialog Vorschläge erarbeiten. Eine Privatisierung dieses Raums schließen wir aus.
- die eigentliche Busdrehscheibe soll langfristig in einer Überbauung der Gleisanlagen des Bahnhofes untergebracht werden.
- schnell einen Umbau der Obermünsterstraße nach dem Vorbild des Umbaus der Wahlenstraße.
- mittelfristig einen Umbau und eine Neugestaltung des Arnulfplatzes, des alten Kornmarktes und des Emmeramsplatzes.
- die Lebens- und Freizeit-Kultur in der Regensburger Innenstadt erhalten, die Altstadt-Sondernutzungssatzung überarbeiten, um flexiblere Gestaltungsspielräume zu generieren, aber auch die Freisitzmöglichkeiten wenigstens in den Sommermonaten verbessern und die Aufenthaltszeiten verlängern.
- mit einem Marktkonzept und dessen Umsetzung für zusätzliche Attraktivität und Frequenz in der Altstadt sorgen. Wir wollen kurzfristig einen Tagesmarkt am Neupfarrplatz etablieren.
- neue und qualitätsvolle Beispielungen der öffentlichen Plätze, auch und gerade mit modernen und zeitgenössischen Kunst- und Kulturangeboten.
- im regelmäßigen Dialog mit den Eigentümern von Gebäuden in der Regensburger Altstadt für verträgliche Mieten für den Einzelhandel werben.
- mehr Angebote für Kinder (Flohmärkte, etc.).
- endlich und sofort für mehr öffentlich zugängliche und vor allem funktionierende WC-Anlagen sorgen.

8. WOHNEN

Der Anspruch der Menschen auf Wohnraum ist ein Grundrecht. Dieses Thema, insbesondere vor dem Hintergrund von bezahlbarem Wohnraum, hat sich in allen wachsenden und boomenden Städten zu einem dramatischen Problem entwickelt. Schnelleres Wachstum als prognostiziert, aber vor allem auch eine verfehlte Grundstückspolitik in den Zeiten, in denen es vermeintlich keine Wohnungsnot gab und Städte dazu übergegangen waren, das Thema Wohnen ausschließlich dem privaten Engagement zu überlassen, haben zu dieser Situation geführt.

Verschärft wurde diese zusätzlich in den Jahren 2015 und 2016 durch den Zuzug von Geflüchteten. Diese

Entwicklung hat sich auch in Regensburg so zugetragen. Die Schönheit der Stadt und die Tatsache, hier gut Arbeit finden zu können, hat zu einem deutlich höheren Bevölkerungszuzug beigetragen, als dieser prognostiziert war. Und auch in Regensburg wurde dem Thema „geförderter Wohnungsbau“ und „eigenes städtisches Engagement“ vor allem in den neunziger Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends zu wenig Bedeutung beigemessen. Heute ist das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ nicht mehr nur für Menschen, die von Sozialtransferleistungen leben oder niedrige Einkommen haben, ein Problem, sondern zunehmend auch für die gesamte Mittelschicht.

Verschärft wurde die Situation in den letzten Jahren durch zahlreiche zum Teil wenig sinnvolle bürokratische Vorschriften in Bezug auf die Genehmigungsverfahren, durch neue Vorgaben zu energetischem Bauen, aber auch durch die Hochkonjunkturphase und damit die vollständige Auslastung von am Bau beteiligten Unternehmen.

□

Bereits in der vergangenen Stadtratsperiode, aber vor allem durch spezielle Aktivitäten unter Oberbürgermeister Joachim Wolbergs, gab es deutliche Fortschritte in diesem Bereich. Noch nie wurden in Regensburg so viele Baugenehmigungen erteilt, wie zu seiner Amtszeit und noch nie wurde so viel neuer Wohnraum, gerade auch im geförderten Bereich, geschaffen. Dennoch hat die bundesdeutsche durchschnittliche Haushaltsgröße von 1,8 Personen dazu geführt, dass im Regelfall nicht einmal der jährliche Zuzug mit Neubaumaßnahmen abgedeckt werden konnte, geschweige denn der Bedarf, der in den Jahren vorher entstanden war. Während neu beschlossene Förderquoten in der letzten Stadtratsperiode zeitweise dafür gesorgt hatten, dass viel geförderter Wohnraum entstanden ist, wurde in der aktuellen Periode diesbezüglich nichts erreicht.

□

Unter Joachim Wolbergs wurde die eigene Wohnungsbaugesellschaft, die Regensburger Stadtbau, das entscheidende Instrument der Stadt überhaupt, durch Grundstückseinlagen so stark kapitalisiert, wie zuletzt zu Beginn der neunziger Jahre. Es ist also von Privaten, Genossenschaften, Bauträgern, der eigenen Wohnungsbaugesellschaft, der Stadt selbst und den von ihr verwalteten Stiftungen eine Menge geleistet worden. Dabei war immer von besonderer Bedeutung, dass Akteure der Wohnungswirtschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen, weil neben öffentlichen Fördermaßnahmen in diesem Bereich das Marktgesetz von Angebot und Nachfrage eine zentrale Rolle spielt. Unter Joachim Wolbergs wurden ein Nachverdichtungsprogramm auf den Weg gebracht und neue Areale als sogenannte urbane Gebiete ausgewiesen. Mit dem Kasernenviertel kann die Stadt nun ein neues Projekt „soziale Stadt“ in Angriff nehmen. Leider haben die fehlenden Fördermittel des Freistaates Bayern aber nun dazu geführt, dass kaum mehr geförderter Wohnraum entsteht und das Regensburger Baulandmodell nicht mehr funktioniert.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- eine Grundstückspolitik, die sicherstellt, dass die Stadt alles in ihrer Macht Stehende dafür tut, möglichst viel an Grundstücken zu erwerben, die potenziell auch in ferner Zukunft als Wohnbaugrundstücke zur Verfügung stehen (Vorkaufsrechte sichern und ausüben).
- die verstärkte Vergabe von eigenen städtischen Grundstücken auf Erbpachtbasis, aber nicht ausschließlich.
- die Vergabe von Flächen in aller Regel nur in Form von Konzeptausschreibungen, die insbesondere auch soziale und ökologische Aspekte beinhalten müssen.
- die Erarbeitung von Richtlinien, die ein gerechtes Abschöpfen von Gewinnen bei Nutzungsänderungen von Grund und Boden sicherstellen, auch um beim Verhandeln von städtebaulichen Verträgen nicht nur vom Verhandlungsgeschick der Beteiligten abhängig zu sein.
- eine weitere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme vorbereiten.
- neue und unkonventionelle Lösungen insbesondere in Bezug auf das Überbauen von bereits bestehenden versiegelten Flächen - viele ebenerdige Parkplatzzflächen eignen sich in diesem Zusammenhang besonders gut.
- mehr in die Vertikale bauen und ein bestehendes Baulücken- und Nachverdichtungsprogramm überarbeiten und zügig umsetzen.
- vor allem Genossenschaften, Bauherrengemeinschaften, aber auch andere Formen von gemeinschaftlichem Bauen verstärkt fördern, insbesondere durch die Schaffung einer Stelle zur Koordinierung von potenziellen Interessenten.

- die Stadtbau auch in Zukunft mit Grundstücken oder Geld aus dem städtischen Haushalt kapitalisieren, um deren Wohnbauanstrengungen weiter zu steigern. Auch das dafür nötige Personal muss zur Verfügung gestellt werden.
- der Stadtbau in Zukunft bei der Frage von Mieterhöhungen oder der Abwälzung von Modernisierungskosten klare Obergrenzen setzen.
- bei der Stadtbau Wohnraum vorhalten für Menschen in speziellen und besonders problematischen Lebenslagen.
- bei der Entwicklung von neuen Wohnquartieren immer auf den Quartierscharakter achten. Dazu gehören das Angebot von Mehrgenerationenhäusern, Begegnungsräumen, soziale Angebote in Form von Stadtteilprojekten, eine adäquate Nahversorgung, aber vor allem auch Möglichkeiten für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger. In diesem Zusammenhang müssen bei allen weiteren Wohnbauentwicklungen diese Formen des Zusammenlebens mitgeplant und entwickelt werden.
- insbesondere auf dem Gelände der Prinz-Leopold-Kaserne die Planungen zügig umsetzen.
- am Beispiel des Rahmenplans Nord (Entwicklung eines neuen Wohnquartiers) weitere Flächen zur Wohnraumgewinnung entwickeln.
- in Gesprächen mit den großen Unternehmen dieser Stadt Möglichkeiten zum Bau von Werkswohnungen eruieren und umsetzen.
- am Beispiel des sog. „Karlsruher Modells“ gemeinsam mit Privateigentümern durch ein eigenes Förderprogramm Leerstände zur Wohnnutzung bereitstellen.
- Wohnbebauung durch Private und/oder die Stadtbau auf den Flächen der Notwohnanlagen in der Aussiger Straße.
- Wohnbebauung auf dem gesamten Gelände des alten REWAG Gebäudes (Statt einem 3. Rathaus dort) ermöglichen, ebenfalls durch Private und/oder die Stadtbau.
- Wohnbebauung auf dem Gelände der jetzigen Berufsschule BS III in der Prüfeninger Straße schaffen, durch Private und/oder die Stadtbau. Die BS III werden wir auf einem anderen Grundstück neu bauen.
- das Baulandmodell überarbeiten bis wieder Fördermittel vom Freistaat Bayern bereitgestellt werden und eine Lösung finden, die Wohnbau ermöglicht und trotzdem für preisgedämpften Wohnraum sorgt. Dafür wollen wir individuelle Vereinbarungen mit potenziellen Bauherren treffen.
- Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern mit dem Ziel, die versiegelten Parkflächen zwischen Universität und FH für studentisches Wohnen zu überbauen.
- ein Azubi-Wohnheim in Regensburg bauen.
- barrierefreies Bauen als allgemeinen Standard.
- Die Zweckentfremdungssatzung weiterentwickeln und konsequenter anwenden.

9. BILDUNG

Das Thema Bildung und Betreuung in jedem Alter hat für uns eine ganz zentrale Bedeutung, weil es um die Schaffung von Chancen von Kindern und jungen Menschen geht, die im Zweifelsfall über deren weiteres Leben entscheiden. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt in den meisten Fällen lediglich Sachaufwands-träger ist, wird oft vergessen, welche Möglichkeiten selbst damit einhergehen, gute und gerechte Ausgangs-chancen für junge Menschen zu schaffen.

Umso mehr gilt dies in den Bereichen, in denen wir selbst als Schulträger auch für die Inhalte und das Lehrpersonal zuständig sind, also beispielsweise bei den beruflichen Schulen oder auch beim Von-Müller-Gymnasium. Im Bereich der Schullandschaft gibt es einen großen Investitionsstau und das Wachstum der Stadt sorgt dafür, dass wir auch fortwährend über Schulneubauten nachdenken müssen. Analoges gilt für den Bereich von Betreuungsangeboten für Kinder im Alter von einem bis drei Jahren und für den Kindergartenalter. Hinzu kommen in diesem Bereich die Schwierigkeiten, geeignetes Fachpersonal zu bekommen. Im Bereich der Bildungsangebote durch unsere Stadtbüchereien bzw. Stadtteilbüchereien und die Volkshochschule und freie Bildungsträger sind wir bestens aufgestellt.

□

In der Amtszeit von Joachim Wolbergs wurden die Themen Bildung, Sport und Freizeit in einem eigenen Referat angesiedelt. So ist es gelungen, erstmalig einen Schulentwicklungsplan auf den Weg zu bringen, der diesen Namen auch verdient. Mit schnellen Entscheidungen wurden Engpässe behoben. Mit Containern

beispielsweise konnte der Engpass an der Realschule am Judenstein kurzfristig behoben werden, mit dem Neubau einer der größten Grundschulen in Regensburg, der Schule an der Prüfeninger Straße (altes Jahnsstadion) hat die Kreuzschule eine neue Heimat bekommen und das dort gewachsene Dörnberg-Viertel ein Angebot an Grundschulplätzen. Mit der Verlagerung der Grundschule dorthin konnte sichergestellt werden, dass die Realschule am Judenstein deutlich an Platz gewonnen hat. Mit einer neuen Stadtteilbücherei und einem VHS-Angebot am nördlichen Rübenhof (Nahversorgungszentrum Candis) wurde das Angebot an Stadtteilbüchereien noch ausgebaut.

□

Bereits in seiner Zeit als Bürgermeister und Sozialreferent hat Joachim Wolbergs dafür gesorgt, dass es an allen Grund-, Haupt-, Mittel- und Förderschulen, ja sogar an den beiden Realschulen heute einen Jugendsozialarbeiter oder eine Jugendsozialarbeiterin als verlängerten Arm der Jugendhilfe gibt. So war es möglich, die Lebenssituation von ganz vielen jungen Menschen deutlich zu verbessern. Dies gilt es zu sichern und weiter auszubauen.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- die konsequente Fortführung und Schwerpunktsetzung im Bereich der Investitionen von Schulbauten und Sanierungsmaßnahmen in diesem Bereich.
- die regelmäßige Fortschreibung des 10-Jahres Schul- und Kitaentwicklungsplanes und in Ableitung daraus Anpassungen in der Investitionsplanung.
- die Entwicklung einer neuen Achse für Schul-, Sport- und Freizeiteinrichtungen südlich der Franz-Josef-Strauß-Allee zwischen dem Unterislinger Weg und der Galgenbergstraße.
- einen Neubau der Berufsschule III bis Ende 2032 und damit die Freimachung des Geländes der Bestandsschule an der Prüfeninger Straße für Wohnraum.
- den notwendigen Neubau einer Grundschule ebenfalls südlich der Franz-Josef-Strauß Allee prüfen, statt einem Neubau in Neuprüll, um dort Wohnbebauung zu realisieren.
- Den städtischen Ankauf der Gebäude des ehemaligen Klosters St. Fidelis, damit vor Ort das Bildungsensemble rund um das Goethe-Gymnasium ergänzt und erhalten werden kann.
- die stärkere Öffnung aller Schulen für multifunktionale Teams und Angebote von Vereinen und Verbänden.
- den konsequenten Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung sämtlicher Kinderbetreuungsangebote von Ein- bis Sechsjährigen sowie der Hort- und Mittagsbetreuungsangebote an den Schulen.
- mehr Fachpersonal in Kitas zur Förderung zur Unterstützung von Kindern mit erhöhtem oder besonderem Förderbedarf.
- möglichst viele Angebote mit flexiblen Öffnungszeiten, zusätzliche Angebote für die Ferien schaffen und Betreuungsschlüssel verbessern.
- Integrationsbemühungen für Menschen mit Migrationshintergrund verstärken und zusätzlich inklusive Angebote schaffen.
- die Hinwirkung auf inhaltliche Veränderungen an den Mittelschulen zu gebundenen Ganztagschulen in diesem Schulzweig.
- die Schaffung einer Stelle zur Koordinierung von schulartenübergreifenden Angeboten (z.B. „Schüler helfen Schülern“)
- die Mitwirkung und den Ausbau von internationalen Schüleraustauschmaßnahmen zwischen städtischen, staatlichen und privaten Schulen und Schulen im Ausland, insbesondere in den Partnerstädten.
- Maßnahmen, die der Wertschätzung von Lehr- und Betreuungsberufen dienen, verbunden mit speziellen Anreizen.
- die sachgerechte und moderne Ausstattung unserer Beruflichen Schulen, um die duale Berufsausbildung auf diesem Wege weiterhin attraktiv zu erhalten.
- den weiteren Ausbau von Stadtteilbüchereien und Angeboten durch einen zu schaffenden Büchereibus sowie durch den Ausbau von Angeboten der Volkshochschule in neu entstehenden Quartieren oder Stadtteilen.
- die Zusammenarbeit mit der Universität und der Ostbayerischen Technischen Hochschule weiter intensivieren und ausbauen, um neben den bereits erwähnten Technologie-Potenzialen auch Potenziale beispielsweise im Bereich der Geisteswissenschaften zu heben.

- verstärkte Kooperation auch mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
- den weiteren Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen, auch an Gymnasien.

10. SOZIALES

In der Wahrnehmung von Kommunalpolitik entsteht oft der Eindruck, es würde ausschließlich um Bauwerke, Straßen, Brücken und Ähnliches gehen. Hieran entzünden sich im Übrigen auch die meisten kontroversen Debatten und auch die mediale Berichterstattung ist in diesen Bereichen am stärksten.

Mindestens genauso wichtig sind alle Bemühungen und Entscheidungen innerhalb einer Stadtgesellschaft, die den sozialen Zusammenhalt fördern, ausbauen und schlussendlich garantieren. Einer Stadt kann es wirtschaftlich heute so und morgen anders gehen. Dafür sind oft Rahmenbedingungen verantwortlich, die nicht kommunal zu verantworten sind, aber im Zweifelsfall auf die Finanzkraft einer Stadt dramatische Auswirkungen haben. Auch und gerade vor diesem Hintergrund ist es entscheidend, dass in einer Stadt ein Klima des Mit- und Füreinanders vorherrscht.

Auf kommunaler Ebene lässt sich dieser Wert der Solidarität besonders gut leben, weil sich die Menschen einfach sehr nah sind und die Schicksale anderer oft miterleben. Deshalb ist Sozialpolitik in einer Stadt viel mehr als Transferleistungen, Fördermaßnahmen, freiwillige Leistungen etc. Sozialpolitik kann dafür sorgen oder eben auch nicht, dass Menschlichkeit und Zusammenhalt zählen und dass es darum gehen muss, allen Menschen Chancen auf ein menschenwürdiges und gutes Leben zu ermöglichen.

□

Was in diesem Bereich in der Zeit von Joachim Wolbergs geleistet wurde, gilt immer noch als wegweisend für eine solche Politik. Egal, ob es um die Einführung des Stadtpasses und damit verbundener Teilhabe geht, um die Einführung eines neuen, allgemeinen Sozialdienstes, um den Armutsbericht, um die Unterstützung der Organisationen, die sich um drogenkranke Menschen kümmern, um die Ausweitung der Schuldnerberatung, unzählige Stadtteilprojekte, die Verstetigung von freiwilligen Leistungen (beispielsweise bei der Kinder- und Jugendfarm) oder ob es um die täglichen Bemühungen ging, einzelnen Bürgerinnen und Bürgern in schwierigen Lebenssituationen zu helfen, wurden in der Sozialpolitik Maßstäbe gesetzt. Mit der Schaffung eines Schutzhauses für Menschen in Not und insbesondere mit der Schaffung von dortigen Kinderschutz-Angeboten wurden im ehemaligen Michlstift wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Wir wollen dies so kontinuierlich fortführen.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- besondere Schwerpunktsetzungen im Bereich der Jugendhilfe, des präventiven und operativen Jugendschutzes und des Kinderschutzes.
- den weiteren Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen und die Stärkung des sozialpädagogischen Fachdienstes.
- die Stärkung von Pflegefamilien und Bereitschafts-Pflegefamilien.
- auch weiterhin die Unterstützung derjenigen Organisationen, die sich mit suchtkranken Menschen beschäftigen, um dafür zu sorgen, dass sie für ihr Leben neue Perspektiven entwickeln können. Dazu gehören auch Verhandlungen in der gesamten Oberpfalz und in Niederbayern, mit dem Ziel, auch an anderen Orten Substitutionsstandorte zu errichten.
- den Neubau von Notwohnanlagen auf der Grundlage von menschenwürdigen Bedingungen.
- die Frauenhäuser stärker fördern und ausbauen. Umgehend mit den bestehenden freien Trägern über den Neubau eines weiteren Frauenhauses verhandeln.
- Städtische Mitarbeiter zu Lotsen für die Frauenhäuser machen, die aus einer Hand dabei helfen, Frauen in schwierigen Lagen wieder Lebensperspektiven zu geben.
- eine moderne und realitätsnahe Familienpolitik unabhängig von der Art des Lebensentwurfes.
- Familien durch den weiteren dezentralen Ausbau von Familienzentren und Beratungsangeboten unterstützen.
- Förderung der Selbsthilfegruppen und von KISS.
- Kostenlosen ÖPNV für Obdachlose.
- Die zügige und konsequente Umsetzung der Empfehlungen des Armutsberichtes.

11. KINDER UND JUGEND

Kinder und junge Menschen sind unsere Zukunft. Wir haben eine kommunale Verantwortung, teilweise sogar hoheitlich, uns um die Menschen, die sich im Zweifelsfall noch nicht selbst helfen können, in besonderer Weise zu kümmern. Natürlich geschieht dies in Betreuungseinrichtungen und mit Bildungsangeboten, aber auch in der klassischen Kinder- und Jugendhilfe.

□

Unter dem Oberbürgermeister Joachim Wolbergs wurde der Jugendbeirat mit klaren Kompetenzen geschaffen und zum ersten Mal waren gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Jugend in Regensburg direkte Ansprechpartner für den Oberbürgermeister und die Stadt. Von diesem Gremium sind zahlreiche Aktivitäten ausgegangen, das Leben von jungen Menschen in dieser Stadt besser zu machen. Joachim Wolbergs hat die internationale Jugendkonferenz in Regensburg ins Leben gerufen, also die Zusammenkunft und das gemeinsame Leben und Arbeiten von jungen Menschen aus unserer Stadt und aus allen Partnerstädten, mit beachtlichen Erlebnissen für die beteiligten jungen Menschen. Wenn junge Menschen international unterwegs sind, sich und andere Kulturen kennen und lieben lernen, dann ist das der sichere Garant dafür, dass diese Menschen später einmal nicht aufeinander losgehen.

Auf unsere Initiative hin, wurde die Schaffung von Streetworker-Stellen für junge Menschen speziell in Brennpunkt-Gebieten der Stadt beschlossen, aber die Umsetzung ist unterblieben.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- die Verstetigung und den Ausbau der Arbeit des Jugendbeirates als Chefsache direkt angesiedelt beim Oberbürgermeister und fachlich betreut durch das Amt für kommunale Jugendarbeit.
- die Einführung von Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder in Form eines Kinderparlaments oder eines ähnlichen Projekts.
- die Fortführung und Ausweitung der internationalen Jugendkonferenz.
- die Schaffung von Möglichkeiten für internationale Austauschmaßnahmen mit dem Ziel, dass möglichst jeder junge Mensch in Regensburg in seiner Jugend einmal die Möglichkeit hat, ein anderes Land zu besuchen und Besuch aus einem anderen Land zu empfangen. Die Federführung in diesem Zusammenhang soll dem Stadtjugendring übertragen werden.
- die kontinuierliche Weiterentwicklung und Erhöhung des Zuschusses an den Stadtjugendring und seine Mitgliedsverbände.
- die Schaffung eines Netzwerkes der Generationen zwischen Stadtjugendring, Jugendbeirat und Seniorenbeirat.
- die Weiterentwicklung einer stadtteilorientierten und offenen Jugendarbeit.
- die sofortige Umsetzung des Beschlusses zur Schaffung von Streetworker-Stellen für Brennpunkt-Gebiete.
- Mini-Regensburg dauerhaft institutionalisieren.

12. FRAUENPOLITIK UND GLEICHSTELLUNG

Gleichstellung von Frauen und Männern ist in der Realität immer noch nicht angekommen. Gleichstellung ist aber entscheidend und betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Alle müssen die gleichen Chancen und Rechte haben und das gilt für alle Politikfelder. Niemand darf ausgeschlossen werden und wir dürfen niemanden zurücklassen.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Regensburg stärken.
- die Arbeit der Regensburger Frauenverbände und Fachberatungsstellen stärken.
- die Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten für Frauen in Not durch den Bau eines weiteren Frauenhauses.
- die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in der Stadtverwaltung und bei den städtischen Tochterunternehmen.
- mit den im Stadtrat vertretenden Parteien und Gruppen eine Quotenregelung von Aufsichts- und Verwaltungsräten vereinbaren.
- in der Stadtverwaltung und bei städtischen Tochterunternehmen, die Arbeitsbedingungen für

Frauen und Männer weiter verbessern, insbesondere um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

- bei Straßenbenennungen bevorzugt Frauennamen auswählen.
- eine zentrale Anlaufstelle für queere Menschen und die Stärkung der Aufklärungsarbeit sowie die Schaffung von Begegnungsräumen.

13. QUEERES LEBEN IN REGENSBURG

Regensburg ist vielfältig – auch in der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung, seiner Bürgerinnen und Bürger. Lesbische, schwule, bisexuelle, trans, inter und queere Menschen sind Teil unserer Stadtgesellschaft, unserer Vereine, unserer Familien und unseres Alltags. Doch trotz großer Fortschritte erleben queere Menschen noch immer Diskriminierung, Druck und strukturelle Benachteiligung.

Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen sicher, sichtbar und selbstbestimmt leben können – unabhängig davon, wen sie lieben oder wie sie sich identifizieren. Vielfalt ist für uns ein Menschenrecht und ein demokratischer Auftrag.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- eine zentrale Anlaufstelle für queere Menschen und die Stärkung der Aufklärungsarbeit sowie die Schaffung von Begegnungsräumen.
- den CSD unterstützen (auch finanziell).
- auf Diversität innerhalb der Verwaltung achten – bei Sprache, Personalpolitik und Fortbildung
- queere Jugendarbeit ausbauen.
- Unterstützung von queeren Seniorinnen und Senioren durch spezifische Angebote in der Seniorenarbeit.
- Eine spezielle Anlaufstelle für queere Geflüchtete.

14. SENIORINNEN UND SENIOREN

Es gibt zunehmend ältere Menschen in unserer Stadt und wir freuen uns darüber sehr. Zunächst einmal geht es um ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ganz normal, oft völlig ohne, manchmal mit gewissen Einschränkungen, am Leben teilhaben wollen und sollen. Wir wollen diesen Menschen die entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten geben und ihre Potenziale für die Weiterentwicklung unserer Stadtgesellschaft nutzen. Wir wollen uns aber auch um die Menschen kümmern, die nicht mehr bzw. nicht mehr allein in der Lage sind, sich um sich selbst zu kümmern. Kurioserweise ist das, anders als die Fürsorge bei Kindern, keine hoheitliche Aufgabe einer Kommune. Es sollte für uns aber immer selbstverständlich sein.

□

Für Joachim Wolbergs war das Thema „in Würde alt werden“ immer ein zentrales. Er hat sich als Bürgermeister und Sozialreferent und später auch als Oberbürgermeister mit Angeboten wie „Regensburgs nette Nachbarn“, in deren Rahmen Nachbarschaftshilfen organisiert wurden, sowie mit der Einführung von „Stadteilkümmern“, der Ausweitung der Angebote beim Treffpunkt Seniorenbüro und vielem mehr darum gekümmert, dass ältere Menschen nie das Gefühl haben mussten, nicht mehr dazuzugehören. Aber auch die Altenpflege, stationär oder ambulant, war ihm ein besonderes Anliegen. Er hat dafür gesorgt, dass das städtische Altenpflegeheim Bürgerheim Kumpfmühl nicht privatisiert wurde, sondern in städtischer Trägerschaft blieb. Er hat mit der Auflösung des Michelstifts unter Zusammenlegung mit dem Bürgerheim Kumpfmühl städtische Altenpflege zukunftsreif gemacht und beispielsweise durch jährliche Investitionskostenförderungen ambulante Dienste unterstützt. Dieses Thema bleibt für eine Stadtgesellschaft ein zentrales.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- in allen Bereichen der Kommunalpolitik dafür sorgen, dass es ausreichend Angebote für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt.
- die Zusammenarbeit und das gemeinsame Leben unterschiedlicher Generationen fördern.
- in Kooperation mit dem Stadtjugendring und dem Seniorenbeirat Projekte auf den Weg bringen, die der Einsamkeit vieler älterer Menschen begegnen.
- die Potenziale unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nutzen und deren Lebensgeschichten

für die Nachwelt dokumentieren.

- die Stärkung des Treffpunkts Seniorenbüro und die Unterstützung des Seniorenbeirates sowie der Wohlfahrtsverbände.
- die Unterstützung der Arbeit in Seniorengruppen und Altenclubs.
- zusätzliche Angebote in den Bereichen Kultur, Sport und Erwachsenenbildung anbieten.
- für mehr altersgerechte und bezahlbare Wohnungen sorgen.
- die Projekte „Regensburgs nette Nachbarn“ und „Stadtteilkümmerer“ ausbauen.
- dezentrale Beratungs- und Hilfsangebote in den Stadtteilen schaffen.
- Begegnungsmöglichkeiten im Rahmen von Quartiersentwicklungen organisieren.
- Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege in Kooperation mit den freien Trägern fördern und städtische Pflegeeinrichtungen auch in Zukunft erhalten und weiter ausbauen.
- verstärkte Beratungs- und Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige.
- Koordinierung und Vermittlung von Hilfestellungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige.
- eine eigene Stabsstelle beim Oberbürgermeister, die das Thema Einsamkeit und Vereinsamung in Regensburg als Querschnittsaufgabe bearbeitet und Umsetzungsvorschläge für Gegenmaßnahmen initiiert.

15. MIGRATION – MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Wir sind eine offene Stadt und wir wollen das weiterhin bleiben. Wir sind international und freuen uns über Mitbürgerinnen und Mitbürger aus anderen Ländern. Sie bereichern uns und unsere Gesellschaft un-
gemein. Für uns ist Integration und internationales Zusammenleben keine Gefahr oder Herausforderung,
sondern im Gegenteil - eine Chance. Etwa ein Drittel der Regensburgerinnen und Regensburger haben
einen Migrationshintergrund, mehr als die Hälfte davon sind deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger.

Aber auch in diesem Bereich hat sich in den letzten Jahren viel verändert. Die Welt ist brutaler geworden
und es gibt scheinbar keine Tabus mehr. Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Hetze treten zuneh-
mend offen zutage und entladen sich in Gewalt – nicht selten geschürt von einer politischen Partei, die sich
zum Ziel setzt, durch das Schüren von Ängsten und Ressentiments für sich politisches Kapital zu schlagen.
Wir werden unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger
jüdischen Glaubens und alle Menschen mit Migrationshintergrund in besonderer Weise schützen. Sie gehö-
ren zu uns und wir sind froh, dass sie da sind. Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen Hetze und
Ausländerfeindlichkeit, gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus und gegen jede Form von Ausgren-
zung und Gewalt.

□

Eine internationale Stadt zu sein und in Menschen, die aus einem anderen Land kommen, immer eine Be-
reicherung zu sehen, war ein besonderes Merkmal der Politik von Joachim Wolbergs. Und zwar immer auch
versehen mit klarer Sprache und klaren Bekenntnissen. Er hat sich über die zunehmende Zahl von Geflüch-
teten, die es ab dem Jahr 2015 aufzunehmen galt, gefreut, sie herzlich als Mitbürgerinnen und Mitbürger
willkommen heißen und alles dafür getan, dass sie hier in Sicherheit sind und es ihnen möglichst gut geht.
„Die Menschenwürde ist unantastbar“ – das nicht nur zu proklamieren, sondern jeden Tag zu leben, ist
keine hoheitliche kommunale Aufgabe, aber eine der wichtigsten schlechthin. Mit der Auflösung des
klassischen Ausländer- und Aussiedlerbeirats und der Schaffung eines gewählten Integrationsbeirates hat
Joachim Wolbergs den Integrationsbemühungen der Stadt in besonderer Weise Rechnung getragen. Auch
die Schaffung eines neuen Amtes für Migration und Integration und die direkte Zuordnung zum Oberbür-
germeister haben deutlich gemacht, wie wichtig uns allen das Thema ist.

Auch ihm ist es zu verdanken, dass die jüdische Gemeinde in Regensburg heute mit einem neuen Gemein-
dezentrum und einer neuen Synagoge in Ansätzen das zurückbekommen hat, was die Regensburgerinnen
und Regensburger ihr in der Reichspogromnacht 1938 brutal entrissen hatten.

□

Joachim Wolbergs hat dafür gesorgt, dass die Stadt Regensburg 2 Millionen Euro für die Wiedererrichtung
zur Verfügung gestellt hat, und er hat mit seiner Person dazu beigetragen, dass diese Synagoge nicht nur ein
Vorhaben der jüdischen Gemeinde selbst, sondern eines der gesamten Stadtgesellschaft wurde. Trotz vieler
Erfolge bleibt das Thema Integration und friedliches Zusammenleben eine Daueraufgabe.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- Integration und Zuwanderung als Chance und Bereicherung in allen kommunalen Handlungsfeldern verstehen.
- Fördermaßnahmen (v.a. Sprachkurse) in diesem Zusammenhang finanziell und ideell unterstützen.
- die interkulturelle Kompetenz der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter ausbauen.
- Integrationsbemühungen in allen Bereichen, vor allem im Bereich des Sports und der Kultur, in besonderer Weise unterstützen.
- die Arbeit des Integrationsbeirates wieder zur Chefsache machen und vorantreiben.
- durch geeignete Maßnahmen ein offenes Miteinander zwischen Menschen aller Kulturen und Religionen im Dialog fördern.
- aber auch weiterhin Geflüchtete mit offenen Armen aufnehmen und ihnen hier Schutz und Fürsorge bieten.
- Aktionen, Maßnahmen und Projekte für Toleranz und Vielfalt und gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus fördern, vor allem für und mit jungen Menschen.
- Fair-Trade Initiativen und Aktivitäten ausbauen und fördern.
- die Förderung von internationalen und migrantischen Initiativen und ihre Einbindung in unser Stadtleben.
- die Förderung von internationalen Jugendbegegnungen durch Schüler- und Jugendaustauschprogramme, kulturelle Austauschaktionen, Begegnungen in Sport und Wissenschaft sowie mit wirtschaftlichen Kooperationen.
- Auslandsaufenthalte von jungen Regensburgerinnen und Regensburgern, egal ob in der Schule, in der Lehre oder Ausbildung, im Beruf oder im Studium fördern, weil Auslandserfahrungen Menschen klüger machen und das positive Verständnis anderer Kulturen fördern.
- insbesondere bei Zuwanderern der zweiten Generation deren Herkunftssprachen fördern, weil dies sprachliche Brücken zwischen zwei Kulturen bildet, weil aber auch die Wirtschaft händierend nach Personen mit besonderen Sprachkenntnissen sucht. In diesem Zusammenhang wollen wir mit einem „Haus für Herkunftssprachen“ Raumangebote zur Verfügung stellen.

16. UMWELT UND KLIMA

Immer wieder wird uns vor allem von vielen ehrenamtlichen Organisationen die Verantwortung für den Klimaschutz vor Augen geführt. Diese Initiativen sind wichtig, denn in der allgemeinen Debatte um den Klimaschutz sind wir alle gefordert und haben die Verantwortung für unsere Kinder und nachfolgende Generationen. Zudem schwindet zunehmend die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern, Klimaziele konsequent zu definieren und damit Maßnahmen umzusetzen. Auch bundespolitisch und im Land wird versucht die definierten Umsetzungszeiträume aufzuweichen. Wir alle, ob als Privatpersonen oder als Politikerinnen und Politiker in Verantwortung für die Allgemeinheit, müssen das Thema Umwelt- und Klimaschutz in den nächsten Jahren an erster Stelle positionieren, um unsere Welt und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, weil alle anderen Ideen und Vorstellungen sonst nur Makulatur sind, weil wir uns selbst vernichten und abschaffen. Dabei dürfen Ökologie und Klimabewusstsein nicht im Gegensatz zu wirtschaftlichem Handeln und sozialer Gerechtigkeit verstanden werden. Ganz im Gegenteil, sie müssen sich gegenseitig bedingen. Viel ist in diesem Zusammenhang auch in Regensburg erreicht worden. Im Bereich der Mobilität mit der Stärkung des Radverkehrs, des öffentlichen Personennahverkehrs und dem Ausbau von Elektromobilitätsbemühungen. Mit der Schaffung der Umweltzone und mit zahlreichen Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz, der Energieeinsparung und der Umstellung auf erneuerbare Energien, insbesondere bei der RE-WAG. Aber es muss deutlich mehr passieren und wir dürfen dabei nicht nur auf andere verweisen, sondern müssen selbst handeln, und zwar in allen Bereichen. Es muss überall eine Art Umwelt- und Klimavorbehalt geben.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- die konsequente Umsetzung des Leitbildes „Energie und Klima“.
- keine Aufweichung der Ziele im Green Deal, jedoch auch kein rein ideologisches Handeln.
- Konsequente Umsetzung des Energieareals Ost.
- die Einführung eines regionalen Klimarates mit Experten in Kooperation mit dem Landkreis zur Be-

- ratung der Spitzen der Stadt und des Landkreises sowie der Beschlussgremien.
- mehr Photovoltaik und Solarthermie in der ganzen Stadt zulassen und unterstützen, auch und gerade auf städtischen Gebäuden.
- das Förderprogramm „Regensburg resilient“ weiter ausbauen, Stadtbegrünung und Flächenentsiegelung voranzubringen.
- die REWAG weiter zum zentralen Motor von erneuerbaren Energien und dezentraler Energieversorgung ausbauen.
- die Umsetzung der in diesem Jahr erwarteten kommunalen Wärmeplanung, Fernwärme da, wo es sinnvoll ist.
- den Ausbau von Wärmepumpenanlagen in Neubaugebieten.
- Nahwärmenetze in Quartieren fördern.
- den städtischen Fuhrpark weiterhin stufenweise auf E-Mobilität umstellen.
- E-Mobilität in allen Bereichen mit städtischen Förderprogrammen unterlegen.
- mehr Stadtgärten ermöglichen und Projekte des „Urban Gardening“ fördern.
- den intensiven Ausbau der Begrünung von Dachflächen, Fassaden, von Plätzen und Freiflächen.
- bei allen städtischen Bauvorhaben die konsequente Umsetzung einer ökologischen Bauweise (Baustoffe, Energiekonzepte).
- die Forcierung von Bauten in Holzbauweise.
- mehr Grün in der Stadt, aber auch Wasserläufe wieder an die Oberfläche holen und Brunnen schaffen bzw. wieder in Betrieb setzen.
- mehr Trinkwasserstationen im öffentlichen Raum.
- das Gartenamt stärken, auch um für weitere Begrünungen und das zusätzliche Pflanzen von Bäumen zu sorgen. Ein System von Baumpaten einführen.
- ein Konzept gegen die „Lichtverschmutzung“ entwickeln und stufenweise umsetzen.
- bei Neubaugebieten auf ausreichend großzügige Grünbereiche achten.
- die Flussufer als innerstädtische Erholungsgebiete sichern und naturnah weiter ausbauen.
- den Erhalt der vorhandenen und die Sicherung weiterer Trinkwasserschutzgebiete forcieren.
- die Verwendung von Feuerwerkskörpern an Silvester in der Altstadt weiterhin verbieten und in Kooperation mit der Bürgerschaft ein Gemeinschaftsprojekt auf den Weg bringen, auch andersorts in der Stadt auf die „Böllerei“ zu verzichten und stattdessen gemeinsam mit Künstlerinnen und Künstlern eine Lichtinstallation für die gesamte Stadt zu inszenieren.
- den Dialog mit Initiativen wie „Fridays for Future“, „Clean Up“, „Transition Town“ etc. intensivieren.
- Stärkung und weiteren Ausbau der Energieagentur und ihrer Angebote.
- kein Bahn-Abstellgleis auf dem Gelände der Kleingartenanlage in Regensburg-Prüfening.

17. INKLUSION

Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat in diesem Sinne Maßstäbe gesetzt, die alle verpflichten. Jede Einzelne und jeden Einzelnen, aber eben auch die öffentliche Hand auf allen Ebenen. Auch deshalb kommt den kommunalen Handlungsfeldern eine besondere Bedeutung zu, der Rechnung zu tragen ist.

□

Joachim Wolbergs hat als Sozialreferent und Bürgermeister dafür gesorgt, dass ein Gemeinschaftsprojekt zwischen der katholischen Jugendfürsorge, der OTH und eben der Stadt Regensburg mit dem Titel „Regensburg Inklusiv“ auf den Weg gebracht und erfolgreich durchgeführt wurde. Viele Maßnahmen und Aktivitäten wurden entwickelt und kamen teilweise schon zur Umsetzung. Nicht zuletzt die Schaffung einer Stelle für einen kommunalen Inklusionsbeauftragten, direkt dem Oberbürgermeister zugeordnet und auch unter symbolischen Gesichtspunkten mit der Ansiedlung im Alten Rathaus, hat damals Maßstäbe gesetzt. Die Leistungen des städtischen Mitarbeiters, der diese Stelle bekleidet, sind großartig und haben das Leben in vielen Bereichen für Menschen mit Behinderung deutlich verbessert.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- die Maßnahmen aus dem Aktionsplan Inklusion weiter mit höchster Intensität fortsetzen und ausbauen.

- mehr Stellen bei der Stadtverwaltung mit Menschen mit Behinderung besetzen.
- mehr behindertengerechte, barrierefreie Wohnungen schaffen.
- Barrierefreiheit physisch und in den Köpfen der Menschen vorantreiben. Dies gilt insbesondere für den barrierefreien Ausbau aller städtischen Einrichtungen.
- überall für Problembewusstsein gegenüber Barrieren und besonderer Wertschätzung von Menschen mit Behinderung sorgen.

18. SPORT UND FREIZEIT

Sport hat einen enormen gesellschaftlichen Wert. Sehr viele Menschen sind in Sportvereinen engagiert, selbst als Sportlerin und Sportler, als Trainerin und Trainer, als Betreuerin und Betreuer, als Funktionäre. Sie alle leisten eine unverzichtbare Arbeit für die Allgemeinheit, im Besonderen für Kinder und junge Menschen; unzählige Integrationsbemühungen wären ohne Sportangebote nicht denkbar.

Sport ist aber nicht nur Breitensport, sondern auch Spitzensport. Und auch der Spitzensport hat eine ganz besondere Bedeutung für eine Stadt und eine ganze Region. Beispielsweise der SSV Jahn, der EVR, die Handball Damen des ESV 1927, die Leichtathletinnen und Leichtathleten der LG Telis-Finanz, die Buchbinder Legionäre, Tennis beim TC Rot Blau und viele mehr haben Tausende von Menschen aus der ganzen Region begeistert, mitgerissen und ihnen Freude bereitet.

Die Ergebnisse der 2025 vorgelegten wissenschaftlichen Studie, die die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung des SSV Jahn Regensburg, der Eisbären Regensburg und der Guggenberger Legionäre für die Stadt Regensburg herausgearbeitet hat, müssen als Grundlage auch für weitere Investitionen in den Spitzensport dienen.

Sportereignisse und sportliche Großveranstaltungen wie der Regensburg Marathon, der Arber Radmarathon, der Regensburg Triathlon, die Welt-Kulttour und viele mehr sind nicht nur ein Angebot für viele Menschen, sondern sie führen Menschen zusammen, unabhängig von der Frage, ob Frau oder Mann, ob arm oder reich, ob aus der Stadt oder aus der Region. Es geht darum, gemeinsam Siege zu feiern und Niederlagen zu verkraften. Vor diesem Hintergrund hat der Sport auch eine unglaubliche Kraft in Bezug auf das Zusammenleben von Menschen; dabei erkennen wir auch die gesellschaftliche Relevanz von E-Sport und Gaming an.

□

Für Joachim Wolbergs war das immer zentral. Er hat mit der Neufassung der Sportförderrichtlinien dafür gesorgt, dass die Regensburger Vereine aber auch der Spitzensport sowie Spitzensportlerinnen und Spitzensportler eine höhere Förderung erhalten haben. Hierzu hat er den Sportarbeitsausschuss eingeführt. Er hat die regionalen Sportevents finanziell unterstützt, den Bau einer Leichtathletik-Halle auf den Weg gebracht, genauso wie den Bau eines weiteren Schwimmbades auf dem Gelände der Prinz-Leopold-Kaserne. Daraus ist jetzt der Sportpark Ost geworden. Der Bau des Fußballstadions wurde von ihm maßgeblich unterstützt, ebenso die Bemühungen, den Jahn Regensburg zu einem wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen umzubauen. Aber es gibt noch einiges zu tun.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- die Regensburger Sportvereine weiter in hohem Maße fördern.
- ein gemeinsames Konzept der Stadt und der Vereine im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, um die Arbeit der Vereine und ihre Aktivitäten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- gemeinsame Aktivitäten von Stadt und Vereinen in Bezug auf Sponsoring-Aktivitäten im Sport durch die Regensburger Wirtschaft.
- Spitzensport sowie die Spitzensportlerinnen und Spitzensportler auch in Einzelfällen mit Förderungen ausstatten, die den Sport zum Beruf werden lassen.
- insbesondere die Kinder-, Jugend-, Integrations- und Inklusionsarbeit der Sportvereine unterstützen und entsprechende Projekte fördern.
- den Regiebetrieb Stadion Regensburg bei der Stadtverwaltung auflösen und die Organisation und den Betrieb des Stadions komplett dem Stadtwerk übertragen.
- in sofortigen Verhandlungen zwischen der Stadt, dem Stadtwerk und dem EVR eine Lösung finden, die den Eishockeybetrieb in Regensburg dauerhaft finanziell absichert.
- in Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern und der Universität Regensburg den Ausbau des Uni-

- versitätsstadions zu einer geeigneten Wettkampfstätte erreichen.
- Investitionen im Jahnstadion (z.B. Ausbau der Ecken), um dem SSV Jahn mehr Gestaltungsmöglichkeiten bei der Vermarktung zu ermöglichen.
- Spiel- und Sportbereiche für alle Altersgruppen in den städtischen Grünanlagen ausbauen.
- die Öffnung von Schulhöfen für sportliche Aktivitäten außerhalb der Unterrichtszeiten ausbauen.
- die weitere Umsetzung eines digitalen Hallenbelegungssystems in Verbindung mit chipgesteuerten Zugängen.
- ein Förderprogramm für Maßnahmen der Vereine zum Ausbau behindertengerechter Sportanlagen.
- die zügige Sanierung des Hallenbades in der Greflingerstraße.
- Das Projekt „Surfwelle für Regensburg“ im kleinen Nebenkanal zwischen Dultplatz und Inseipark unterstützen.
- das Sportamt personell so verstärken, wie es seinen Aufgaben entspricht.

19. KULTUR

Kultur ist mehr als Kunst. Kultur macht das Leben bunt und interessant. Kultur sorgt für eine eigene Identität und ist Seismograf auch und gerade für eine Stadtgesellschaft. Kulturelle Vielfalt hat große Bedeutung für die Attraktivität und die Lebensqualität einer Stadt. Sie ist kein sogenannter weicher Standortfaktor, sondern von zentraler Bedeutung für eine offene, tolerante, kritische, aber auch solidarische Stadtgesellschaft. Sie ist sachlich und emotional, sie öffnet Türen, sie sorgt für Verständnis, sie macht klug und fantasievoll, sie führt zueinander, ermöglicht den Diskurs und den Dialog und sie macht oft einfach Spaß. Kultur ist also wie das Leben und das Leben ist ohne Kultur in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen nicht vorstellbar.

□

Für Joachim Wolbergs hatte dieses Handlungsfeld immer eine ganz besondere Bedeutung, auch vor dem Hintergrund seines beruflichen Werdegangs. Er hat in allen Bereichen dafür gesorgt, das reiche Kulturangebot in Regensburg zu erhalten und weiterzuentwickeln und dabei besondere Schwerpunktsetzungen im Bereich der zeitgenössischen Kunst und Kultur vorgenommen, um Neues zu ermöglichen.

Er hat beim Theater für eine bessere Bezahlung der Schauspielerinnen und Schauspieler gesorgt. Er hat mit mehr Personal und mehr Geld bei der Sing- und Musikschule dafür gesorgt, dass es heute fast keine Wartelisten mehr gibt und dass die musische Bildung von Kindern nicht von den Vermögensverhältnissen der Eltern abhängig ist. Er hat dafür gesorgt, dass die freie Szene heute eine höhere Förderung erfährt als früher. Joachim Wolbergs hat mit der deutlichen Erhöhung des kulturellen Verfügungsfonds dafür gesorgt, dass mehr Projekte unterstützt werden konnten. Er hat die Erarbeitung eines Konzepts zur Gedenkkultur in Regensburg auf den Weg gebracht und es ist seiner Initiative und seinem Engagement zu verdanken, dass es bei verschiedenen Veranstaltungen heute ein gemeinsames Gedenken in Regensburg gibt. Diesen Weg gehen wir weiter, denn Kulturpolitik bleibt Daueraufgabe.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- das reiche Kulturangebot in Regensburg erhalten und weiterentwickeln.
- neue Schwerpunktsetzungen im Bereich der zeitgenössischen Kunst und Kultur vornehmen.
- für kulturelle Angebote in den Stadtteilen sorgen, auch unter Gesichtspunkten einer eigenen Quartiers- oder Stadtteilidentität.
- unser eigenes Theater erhalten, gut ausstatten und das Personal vernünftig bezahlen.
- den sofortigen Beginn der Sanierungsarbeiten im Velodrom auf der Grundlage der vorgestellten Planungen, auch und gerade um dem zukünftigen Staatstheater Rechnung tragen zu können.
- das M26 verstetigen.
- die Sing- und Musikschule weiter stärken. Räumlich, mit Personal und natürlich auch ideell.
- die Ausweitung der Angebote der Sing- und Musikschule auch für andere (z.B. Seniorinnen und Senioren) prüfen.
- die Erarbeitung eines neuen Museumskonzepts für die gesamte Stadt unter Einbeziehung aller städtischen Museen, des Museums der Bayerischen Geschichte, aber auch von privaten Museumsangeboten.
- die Neukonzeption des Kulturzentrums Leerer Beutel unter selbstständiger Federführung der

- dortigen Akteure. Wir wollen hier ein Literaturcafé und ein niedrigschwelliges gastronomisches Angebot.
- die weitere hohe Förderung der freien Szene und die Beachtung dessen, auch dort für Planungssicherheit zu sorgen.
- eine weitere Erhöhung des kulturellen Verfügungsfonds des Kulturreferenten zur besseren Projektförderung.
- Projekte unterstützen, die der kulturellen und kreativen Bildung von Kindern und Jugendlichen dienen.
- Netzwerkangebote zwischen den Kulturtreibenden organisieren und koordinieren.
- zusätzliche Raumangebote (z.B. Nutzung von Leerständen) sowie Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten schaffen.
- die Schaffung eines Tanzentrums.
- langfristig auch die Berücksichtigung kultureller Interessen bei der Neukonzeption des Ernst-Reuter-Platzes.
- eine Neukonzeption und Planung von Konzert- und Kongressräumen ggf. auch im ehemaligen Kaufhofgebäude.
- die Schaffung einer Halle für Künstlerinnen und Künstler mit einer Kapazität von bis zu 1000 Besuchern. Ggf. durch Nutzbarmachung einer alten Industriehalle.
- Kulturprojekte und –veranstaltungen im ehemaligen Kaufhofgebäude verorten. Nach Möglichkeit auch schon in Form von Zwischennutzungen.
- Stärkere Sichtbarkeit von Veranstaltungen durch ein Kulturweg-Leitsystem, gemeinsame Werbepattformen, synchronisierte Veranstaltungskalender, etc.
- Eigene Räume für die unterschiedlichsten Formen der Erinnerungskultur etablieren.
- Ein klares Vorgehen beim Umbenennen von Straßennamen. Straßen mit Namen von Personen, denen klar ein Hintergrund aus der NS-Zeit zuzuordnen ist, werden umbenannt.

20. SICHERHEIT UND ORDNUNG

Für die öffentliche Sicherheit ist die Stadt nur in Teilen zuständig. Unabhängig davon muss unser ganz besonderes Augenmerk der öffentlichen Sicherheit gelten. Öffentliche Sicherheit funktioniert in Deutschland unabhängig von der Frage des Vermögens einer Person und ist der Garant für Freiheit und friedliches Zusammenleben. Unser ganz besonderer Dank und unsere Wertschätzung gilt deshalb allen Haupt- und Ehrenamtlichen bei der Polizei, der Justiz, den Rettungsdiensten, dem THW und der Feuerwehr und vielen anderen.

□

Krisenstäbe wird unser OB-Kandidat – als ehrenamtlicher Feuerwehrhauptmann und damit Mann vom Fach – selbstverständlich selbst leiten und so maßgeblich zur objektiven Sicherheit der Stadt beitragen. Das Thema Sicherheit eignet sich unter keinen Umständen, um dort in irgendeiner Form zu sparen. Die jetzige Situation im Bahnhofsumfeld und vor allem in der Maximilianstraße ist geprägt von dem dort ansässigen Drogenmarkt und den Banden, die diesen betreiben. Während wir deutlich für ein soziales Angebot für die Suchtkranken sind, müssen die Ordnungsbehörden trotzdem dafür sorgen, dass diese Gegend nicht als Angstraum gilt. Die Stadt muss darauf achten, dass diese Gegend besonders gut beleuchtet ist und kein Broken-Windows-Effekt eintritt.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- unsere Berufsfeuerwehr auch weiterhin personell und mit Material bedarfsgerecht ausstatten.
- unsere freiwilligen Feuerwehren in allen Belangen unterstützen.
- einen runden Tisch zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung mit allen Beteiligten einrichten, um Handlungsfelder schnell zu erkennen und tätig werden zu können.
- einen neuen Katastrophenschutzplan erarbeiten und personell unterlegen.
- den weiteren zügigen Ausbau des Hochwasserschutzes als Katastrophenschutz.
- die Beseitigung von „Angsträumen“, beispielsweise durch bessere Beleuchtungsmaßnahmen.
- die Schaffung bzw. Beteiligung an Präventionsangeboten aller Art, auch und gerade in Kooperation mit der Polizei, der Justiz, den Rettungsdiensten, dem THW und den Feuerwehren.

- In Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern erreichen, dass die Stadt eigene Drogen-Konsum-Räume einrichten darf, die der Freistaat zurzeit untersagt.

21. TOURISMUS

Der Tourismus ist in Regensburg ein Wirtschaftszweig von besonderer Bedeutung und mit besonderem Wachstumspotential. Permanente Steigerungen in den letzten Jahren haben dazu geführt, dass es heute mehr als 1 Million Übernachtungen in unserer Stadt gibt. Die Touristen bringen Kaufkraft, vor allem in die Altstadt. Tourismus sorgt für Arbeitsplätze und die Stadt bietet ideale touristische Voraussetzungen. Die Privatisierung der Tourismusaktivitäten bei der Stadt hat sich als Erfolgsmodell herausgestellt und die Tatsache, dass die städtische Regensburg Tourismus GmbH in der Zwischenzeit auch als Betreiber des Marina Forums und des Saalmanagements fungiert, ist ebenfalls sinnvoll. Wir wollen einen qualitativen und sanften Tourismus, der vor allem auch bei den Regensburgerinnen und Regensburgern Akzeptanz findet. Wir freuen uns über jeden Gast, weil wir unsere schöne Stadt gerne herzeigen und wir selbst für uns ja auch in Anspruch nehmen, überall auf der Welt als Gast willkommen zu sein.

□

Joachim Wolbergs hat als früherer Oberbürgermeister, aber auch in seiner früheren Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrats der RTG immer dafür gesorgt, bei allen Gelegenheiten dafür zu werben, dass wir uns über Gäste in unserer Stadt freuen. Er hat mit der Begrenzung der Anzahl von Personen bei Führungen auf 25, aber auch mit klaren Grenzen was die Schiffsanlegungen betrifft, dafür gesorgt, dass bei vielen Menschen wieder mehr Verständnis für touristisches Engagement entstanden ist.

Wir werden uns weiterhin über alle Gäste in unserer Stadt freuen und auch dafür werben, zu uns zu kommen.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- auch weiterhin die Aufwertung der touristischen Infrastruktur und insbesondere die Kennzeichnung und Beschriftung auch in englischer Sprache.
- die Förderung von Tourismusaktivitäten, die darauf abzielen, nicht nur Tagestouristen in unserer Stadt zu haben, sondern vor allem auch Übernachtungstouristen.
- den Ausbau und die Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Landkreis auf touristischem Gebiet.
- die Förderung des barrierefreien Tourismus und in diesem Zusammenhang die Unterstützung der Johanniter bei der Errichtung eines Inklusions-Hotels.
- eine besondere Förderung des Bahn- und Radtourismus.
- den Ausbau des Tagungstourismus.
- die stetige Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien im Sinne der Grundsätze des sogenannten sanften Tourismus'.
- die Lenkung von Touristenströmen durch Neuschaffung und Bewirtschaftung von Busparkplätzen und die Entwicklung von intelligenten Leitsystemen.
- diejenigen unterstützen, die ehrenamtlich einen wertvollen Beitrag zur Umsetzung des Tourismuskonzeptes leisten.
- mehr Anerkennung für die Gästeführerinnen und Gästeführer, die jeden Tag exzellente Arbeit als Botschafterinnen und Botschafter für unsere Stadt leisten.
- Mehr Stellflächen für Wohnmobile.

22. EHRENAMT UND VEREINE

Ehrenamtliches Engagement und die Arbeit in Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen ist ein entscheidender Garant für das Miteinander von Menschen in einer Stadtgesellschaft. Ohne dieses im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbare Engagement würde unsere Stadt, unser Land, unsere Gesellschaft völlig anders aussehen.

Joachim Wolbergs hat bei unzähligen Gelegenheiten seine Wertschätzung gegenüber diesem Engagement zum Ausdruck gebracht. Auch symbolisch beispielsweise durch die Einführung eines eigenen städtischen Empfangs für die Vertreterinnen und Vertreter von Selbsthilfegruppen. Aber auch mit anderweitiger Unter-

stützung und finanzieller Förderung von Initiativen und ehrenamtlichen Engagement.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- den Ehrenamtlichen, den Vereinen und Verbänden, den Organisationen und Initiativen neben bestehenden Räumlichkeiten weitere Räume erschließen. Verschiedene Standorte kommen dafür infrage: Teile des ehemaligen Evangelischen Krankenhauses, ein neues Gebäude am Jacobi-Gelände, Teile eines neuen öffentlichen Gebäudes am Ernst-Reuter-Platz, etc. Auch Fragen der Trägerschaft müssen jeweils geklärt werden, sie sind aber alle lösbar.
- Steigerung der Attraktivität der Ehrenamtskarte durch ein erweitertes Angebot.
- günstigere Konditionen bei der Anmietung von Räumen.
- mehr Unterstützung durch die Stadtverwaltung (z.B. Genehmigungsverfahren), aber auch durch den Abbau von bürokratischen Hürden.
- mehr Wertschätzung und Sichtbarkeit – z.B. durch einen städtischen Ehrenamtspreis, eine regelmäßige Engagement-Konferenz oder eine zentrale Online-Plattform für freiwilliges Engagement.
- eine eigene städtische Ehrenamtsstrategie entwickeln, um bestehende Maßnahmen zu bündeln, Lücken zu identifizieren und klare Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

23. STADT UND LAND

Die Menschen in der Stadt, im Landkreis und in der ganzen Region denken nicht mehr in Gebietskörperschaften, sondern in Lebensräumen. Deshalb kommt der Gestaltung von regionaler Politik eine immer größere Bedeutung zu. In diesen Bereichen ist viel geschehen, aber es gibt noch zahlreiche Handlungsfelder. Eigentlich muss bei jedem kommunalen Vorhaben die Einbeziehung regionaler Anliegen mitüberlegt werden.

□

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des damaligen guten und konstruktiven Miteinanders von Oberbürgermeister Joachim Wolbergs und Landrätin Tanja Schweiger hatte sich die Zusammenarbeit deutlich verbessert. Joachim Wolbergs hat schnell dafür gesorgt, dass es keine Benachteiligungen mehr für Landkreisbürgerinnen und -bürger beispielsweise bei Gebühren und Entgelt für kulturelle Einrichtungen gibt, wie das früher der Fall war. Aber auch die Schaffung einer Bildungs- und Gesundheitsregion und zahlreiche Aktivitäten im Bereich von Verkehr und Mobilität sowie die gemeinsame Gremienarbeit haben den regionalen Gedanken deutlich mehr in den Vordergrund rücken lassen. Weitere Themenfelder sollten wir aber zügig gemeinsam bearbeiten.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- klare Vereinbarungen mit dem Landkreis und den Umlandgemeinden über die Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Gebieten und Fragen der Mobilität und der Sportinfrastruktur treffen.
- gemeinsame Zweckverbände oder Zweckvereinbarungen überall dort gründen bzw. treffen, wo sie sinnvoll sind (zum Beispiel bei Bildungseinrichtungen, sportlicher Infrastruktur, etc.)
- eine gemeinsame Tourismusstrategie mit abgestimmtem Marketing und Werbemaßnahmen für die gesamte Region entwickeln.

24. BÜRGERBETEILIGUNG

Die Regensburgerinnen und Regensburger lieben ihre Stadt, sie wollen aber auch außerhalb von Wahlterminen mitreden und mitgestalten. Deshalb wollen wir in Zukunft noch stärker für frühzeitige Information, Transparenz und einen ernst gemeinten Dialog auf Augenhöhe sorgen.

□

Der frühere Oberbürgermeister Joachim Wolbergs hat mit der Institutionalisierung vieler Gremien neue Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen. Mit der Neueinführung des Jugendbeirates, mit regelmäßigen Sprechstunden speziell für Kinder, mit der eigenen Teilnahme an Sitzungen des Seniorenbeirats, der Neuschaffung des Beirates für Inklusion, aber auch der Neuschaffung des Integrationsbeirates.

Dennoch lohnt es sich sehr, noch mehr Beteiligung zu ermöglichen.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- die Verbesserung der Informationen über wesentliche Vorhaben der Stadt im Internet, über soziale Netzwerke, aber auch durch eigene Publikationen.
- regelmäßig Meinungen zu bestimmten Themen durch Umfragen oder Abstimmungen online abfragen.
- mehr Bürgeranhörungen und Bürger-Informationsveranstaltungen sowie Sprechstunden beim Oberbürgermeister.
- eine jährliche Befragung aller Haushalte zur Lebenswirklichkeit der Menschen in dieser Stadt.
- einen Zukunftsrat, angesiedelt beim Oberbürgermeister, bestehend aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und den Glaubensgemeinschaften zu allgemeinen Zukunftsfragen des Lebens in der Stadt.

25. INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN - UNSERE PARTNERSTÄDTE

Wir sind eine internationale Stadt und freuen uns darüber sehr. Gerade die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen auf der ganzen Welt und das Erstarken von Diktatoren und Autokraten zeigen uns, dass das Denken in Nationalstaaten längst überholt ist und wir uns als Stadt in „einer“ Welt begreifen müssen und wollen. Internationale Begegnungen stärken dieses Gefühl und wer sich kennt, fällt nicht übereinander her. Gerade die katastrophale Situation unserer Partnerstadt Odessa in der Ukraine führt uns vor Augen, wie unmittelbar in unserer Nachbarschaft ein schrecklicher Angriffskrieg täglich Menschenleben kostet.

Deshalb wollen Thomas Thurow und wir:

- internationale Beziehungen auf allen Ebenen fördern, auch und gerade in Kooperation mit unseren Partnerstädten.
- internationale Jugendbegegnungen so fördern, dass es dauerhaft jedem jungen Menschen in Regensburg einmal ermöglicht werden kann, eine Jugendbegegnung mit Besuch und Gegenbesuch erleben zu dürfen.
- die internationale Jugendkonferenz jährlich und mit Vertretern zusätzlicher Länder durchführen.
- internationale Austauschmaßnahmen im kulturellen und sportlichen Bereich ausbauen.
- es uns zur täglichen Aufgabe machen, gemeinsam mit der gesamten Bürgerschaft, alles dafür zu tun, unserer Partnerstadt Odessa im Krieg, aber auch nach Ende eines Krieges zu helfen.
- ein neues Städtepartnerschaftsverhältnis mit einer Stadt oder Region in Israel besiegeln.
- und werden immer gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit kämpfen und dementsprechend handeln.

schluss- wort

Wir haben, unserer Meinung nach, ein wirklich gutes und umfassendes Programm erarbeitet. Auf der Grundlage dessen, was damals unter einem Oberbürgermeister und Bürgermeister Joachim Wolbergs erreicht wurde, was heute Sachstand ist, aber vor allem, was unsere eigenen Haltungen und Überzeugungen sind und was wir uns in mühevoller Arbeit vor allem mit externer Expertise erarbeitet haben.

Insbesondere die erfolgreiche Arbeit der Brücke-Stadtratsfraktion mit ihren vielen Initiativen und auch Erfolgen ist in dieses Programm eingeflossen. Wir wissen, wovon wir reden, und wir versprechen keine Luftschlösser. Keine Gruppierung hat in den letzten sechs Jahren so sachorientiert und ohne Scheuklappen gearbeitet, wie wir. Vieles aus unserem alten Programm konnten wir übernehmen, weil die Stadt in den letzten sechs Jahren leider von Stillstand geprägt war. Dieses Programm ist natürlich nicht vollständig und es wird sicher Punkte geben, die man heute so, morgen, im Lichte von weiteren Erkenntnissen, vielleicht auch anders einschätzt. Das ist aber ein ganz normaler Prozess. Wir würden uns darüber freuen, wenn Sie uns Rückmeldungen geben würden, was Sie von einzelnen Punkten halten, wenn Ihnen etwas gut gefällt oder auch nicht oder wenn Sie weitere Ideen haben, über die wir gemeinsam nachdenken sollten. Wenn Sie glauben, dass wir mit diesem Programm und den darin enthaltenen Ideen das Leben in dieser Stadt noch schöner und noch interessanter und die Lebensbedingungen aller Menschen ein Stück weit besser machen, dann wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie Thomas Thurow zum Oberbürgermeister und die Kandidatinnen und Kandidaten der BRÜCKE in den Stadtrat wählen würden.

Ihr Joachim Wolbergs, Thomas Thurow und der
Vorstand sowie die Kandidierenden der BRÜCKE